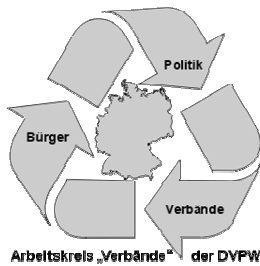


Reader zur Tagung

Bürgergesellschaft – Wunsch und Wirklichkeit

**Arbeitskreis
AK-NPO**
Nonprofit-Organisationen

Arbeits soziale
Bewegungen



BBE
Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches
Engagement

Neue Soziale
FORSCHUNGSJOURNAL
Bewegungen

Sektion Sozialpolitik
in der Deutschen Gesellschaft
für Soziologie (DGS)

WZB Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

am 19. und 20. Oktober 2006

im Wissenschaftszentrum Berlin für
Sozialforschung

Arbeitskreis Nonprofit-Organisationen
(AK - NPO)

Arbeitskreise „Soziale Bewegungen“
und „Verbände“ der Deutschen
Vereinigung für politische Wissenschaft
(DVPW)

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches
Engagement (BBE)

Forschungsjournal Neue Soziale
Bewegungen (FJNSB)

Sektion Sozialpolitik in der Deutschen
Gesellschaft für Soziologie (DGS)

Wissenschaftszentrum Berlin für
Sozialforschung (WZB)

Gefördert durch:

Hans **Böckler**
Stiftung 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.



HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

Sektion Sozialpolitik
in der Deutschen Gesellschaft
für Soziologie (DGS)

WZB

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

Medienpartnerschaft:

Frankfurter Rundschau

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Tagungsprogramm..... | 07 |
| Zeitplan..... | 15 |
| Organisatorische Hinweise: | |
| Ort..... | 22 |
| Zeit..... | 22 |
| Fahrplaninformation Busse und Bahnen..... | 22 |
| Unterkunft..... | 23 |
| Lageplan des WZB..... | 23 |
| Abstracts und Thesen: | |
| Thesenpapiere zum Forum 1..... | 25 |
| Abstracts zu den Arbeitsgruppen (1. Runde)..... | 32 |
| Abstracts zu den Arbeitsgruppen (2. Runde)..... | 42 |
| Thesenpapiere zum Forum 2..... | 56 |
| Thesenpapiere zum Forum 3..... | 59 |
| Abstracts zu den Arbeitsgruppen (3. Runde)..... | 63 |
| Thesenpapiere zum Forum 4..... | 76 |
| Anschriften: | |
| Tagungsleitung..... | 83 |
| Referenten und Referentinnen..... | 83 |

Tagungsprogramm

Die Veranstalter:

PD Dr. Ingo Bode (Arbeitskreis Nonprofit-Organisationen (AK – NPO)); Prof. Dr. Adalbert Evers (Sektion Sozialpolitik in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS)); Dr. Ansgar Klein (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen (FJNSB)), Prof. Dr. Dieter Rucht (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Arbeitskreis „Soziale Bewegungen“ der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft (DVPW)), Prof. Dr. Annette Zimmer (Arbeitskreis „Verbände“ der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft (DVPW)).

Die Veranstaltung wird gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung, die Heinrich-Böll-Stiftung, das WZB und die Sektion Sozialpolitik der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Konferenzkoordination: Dr. Ansgar Klein und Prof. Dr. Dieter Rucht

Zum Konferenzthema:

Wenn heute in Deutschland von Bürgergesellschaft die Rede ist, dann verbindet sich damit ein breites, mitunter sogar widersprüchliches Spektrum von Befunden und Perspektiven. Die Feststellung, dass Gesellschaft und Politik mehr individuelle Eigenverantwortung brauchen, ist hier ebenso eingeschlossen, wie die Aufwertung von bürgerschaftlichen Initiativen, Stiftungen und NGOs. Entsprechendes gilt für das veränderte Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft: Mit Verweis auf „mehr Bürgergesellschaft“ fordert man einerseits, den Menschen mehr Spielräume zur Selbstorganisation zu überlassen. Andererseits wird aber auch die Frage gestellt, wie verhindert werden kann, dass „mehr Bürgergesellschaft“ schlicht „weniger Sozialstaat“ bedeutet.

In der wissenschaftlichen Debatte haben diese Themen deutlich an Bedeutung gewonnen – in der Diskussion zur Zivilgesellschaft, zur Rolle des „Dritten Sektors“ sowie zur Relevanz gemeinnütziger Formen des Wirtschaftens. Insbesondere in den Sozialwissenschaften werden mit dem Konzept der Bürgergesellschaft weit reichende Erwartungen einer Erneuerung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft verbunden. Die reformpolitische Diskussion hingegen schenkt den genannten Themen nach wie vor wenig Beachtung; sie kümmert sich kaum um eine nachhaltige Förderung bürgerschaftlichen Engagements oder die Schaffung neuer

Bewegungsspielräume für demokratische Selbstorganisation und sozialwirtschaftliche Innovation.

Noch immer liegen Welten zwischen Zukunftsvision und Alltagsrealität, zwischen konzeptionellen Entwürfen und sozialwissenschaftlicher Reflektion, zwischen der reformpolitischen Agenda und den Handlungsbedingungen der Initiativen und Organisationen vor Ort. Wenn „Wunsch“ und „Wirklichkeit“ so weit auseinander klaffen, ist es Zeit für eine Bestandsaufnahme und kritische Reflektion des „Gewünschten“ und „Erreichbaren“: Wie ist es um die Bürgergesellschaft in Deutschland bestellt? Sind die aktuell diskutierten wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Konzepte einer „aktiven Bürgergesellschaft“ überhaupt tragfähig und realistisch? Kann die Bürgergesellschaft das leisten, was sie laut Politik und Wissenschaft leisten soll? Oder aber: Dient „Bürgergesellschaft“ nur als billiger Jakob und Munition für Sonntagsreden?

Ziel des Kongresses „Bürgergesellschaft – Wunsch und Wirklichkeit“ ist es, diese Fragestellungen auf breiter Basis und in enger Kooperation zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu diskutieren. Der Kongress findet statt am 19. und 20. Oktober 2006 in den Räumen des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung. Veranstalter der Tagung sind das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, der Arbeitskreis Nonprofit-Organisationen, die Sektion Sozialpolitik in der DGS, die Arbeitskreise „Soziale Bewegungen“ und „Verbände“ der DVPW, das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und das Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen.

Im Einzelnen geht es bei „Bürgergesellschaft – Wunsch und Wirklichkeit“ um:

- Die Präsentation wissenschaftlicher Befunde, Konzepte und Kontroversen auf dem aktuellen Diskussionsstand in den Sozialwissenschaften.
- Fragen der Anerkennung oder Abwertung bürgerschaftlicher Belange in ausgewählten Politikfeldern und in Hinblick auf die Organisationsentwicklung bei maßgeblichen Trägern und Verbänden
- Das Aufzeigen von Perspektiven für die Etablierung und Stärkung von Lehr- und Forschungskompetenz im Hinblick auf die Vertiefung von Bürgergesellschaft.

Kongressstruktur:

Hierzu wird ein Kongressformat gewählt, das aus Foren und Arbeitsgruppen besteht. Die Foren vermitteln Zugänge zu ausgewählten aktuellen reform- und engagementpolitischen Debatten und Themen. Hier trifft Wissenschaft

auf Politik und Praxis. Die Arbeitsgruppen bieten Raum für den fachwissenschaftlichen Diskurs.

Vier Foren:

Im Zentrum der Foren stehen aktuelle Fragen zu Strukturen, Akteuren und Potentialen der Bürgergesellschaft sowie die diesbezügliche Rolle der Reformpolitik. Es geht einerseits um Entwicklungen in verschiedenen Politikfeldern und andererseits um das Verhältnis von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu bürgerschaftlichem Engagement und neuen Tätigkeitsformen. Weitere Foren befassen sich mit der Frage nach einer an den Potenzialen der Zivilgesellschaft orientierten Organisationsentwicklung von Verbänden und Sozialbetrieben sowie den Möglichkeiten einer Stärkung von Ausbildung und Forschung zu Bürgergesellschaft und Drittem Sektor. Die Foren werden seitens der Veranstalter mit eingeladenen Experten und Expertinnen besetzt. Hierbei sollen die Positionen aus der Wissenschaft von Politikern und Praktikern kritisch gegen den Strich gebürstet werden. Im Einzelnen sind vorgesehen:

Forum 1: *Bürgergesellschaft und staatliche Politik*

Moderation: Dr. Ansgar Klein

In den aktuellen politischen Diskussionen rangiert bürgerschaftliches Engagement oftmals als Lückenbüsser für einen unter Druck geratenen Sozialstaat. Auf der anderen Seite zeichnen sich erste Konturen eines systematischeren Verständnisses von „Engagementpolitik“ ab. In diesem Spannungsfeld möchte das Forum ansetzen. Über lange Zeit war die Förderung des Engagements, seiner rechtlichen Rahmenbedingungen und engagementförderlicher organisatorischer und institutioneller Kontexte nur als (Neben-)Aspekt bereits etablierter Bereichspolitiken – etwa Sozial-, Familien oder Gesundheitspolitik – behandelt worden. Doch mehr und mehr wird der Zusammenhang von bereichsspezifischen (Soziales, Umwelt, Sport, Kultur, Kommunen etc.) und bereichsübergreifenden, aus einer Querschnittsperspektive deutlich werdenden Entwicklungen von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement (Demokratisierung und Partizipation, Organisations- und Institutionenentwicklung, Infrastruktur und Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung, nationale und europäische Rahmungen etc.) thematisiert.

Forum 2: *Engagement im Abseits? Befunde aus verschiedenen Politikfeldern.*

Moderation: Prof. Dr. Adalbert Evers

In konkreten Politikfeldern kann gewissermaßen getestet werden, was Engagement gilt. Eine Schlüsselstellung nimmt dabei die Öffnung von Diensten, Einrichtungen und Programmen hin zur Zivilgesellschaft, zum lokalen Umfeld und den verschiedenen Formen bürgerschaftlichen

Engagements ein. An Hand von exemplarischen Politikfeldern wie der Politik im Pflegebereich, im Schul- und Kulturbereich, soll erörtert werden, inwieweit hier bürgergesellschaftliche Ressourcen und Belange tatsächlich einen neuen Stellenwert bekommen haben. Besondere Aufmerksamkeit wird den Chancen und Risiken gelten, die mit neuen Formen der Einbindung zivilgesellschaftlicher Ressourcen verbunden sind.

Forum 3: *Baustelle Organisationsentwicklung: Erfahrungen aus den Verbänden*

Moderation: PD Dr. Ingo Bode; PD Dr. Christiane Frantz

Verbände sind in Deutschland eine klassische Organisationsform der Zivil- bzw. Bürgergesellschaft. Als assoziative Zusammenschlüsse, deren gemeinsamer Nenner in der Verfolgung kollektiver Sachziele liegt, bewegen sie sich in einer dynamischen Gesellschaft, die sie einerseits mitgestalten, die ihnen aber andererseits bestimmte Anpassungszwänge auferlegt. In diesem Spannungsfeld bewegt sich das praktische Handeln jener, die Steuerungsaufgaben in den Verbänden wahrnehmen und sich um deren strategische Ausrichtung – oder auch: um Organisationsentwicklung – kümmern (sollen). Organisationsentwicklung zielt im Falle zivilgesellschaftlich rückgebundener Verbände darauf, nicht einfach nur wirtschaftlich zu überleben, sondern im Sinne der eigenen assoziativen Ziele handlungskompetent zu bleiben.

Gegenwärtig stehen viele dieser Verbände unter Veränderungsdruck. Verantwortlich hierfür sind interne und externe Herausforderungen: Traditionelle Massenorganisationen verzeichnen Mitgliederverluste; sozialwirtschaftliche Vereinigungen werden mit verändernden Steuerungsmodellen der Politik sowie mit zunehmenden Finanzierungsengpässen konfrontiert und geraten in Konkursgefahr. Auch die „postmodernen“ Verbände, die NGO, sind in raueres Fahrwasser der Konkurrenz und dem Kampf um Spendenmarktanteile geraten.

Die Verbände ringen seit einiger Zeit um Strategieoffensiven und organisatorische Re-Strukturierung, um diesen Veränderungen Rechnung zu tragen. Das Forum thematisiert solche Entwicklungen im Spannungsfeld von Kostendruck, Profilierungsdruck und Sachzielorientierung. Es geht um Leitbilder, Prozessinnovationen, sozialverträgliche Rationalisierung und Möglichkeiten kreativer Strukturveränderung.

Forum 4: *Bürgergesellschaft und Dritter Sektor: Wo bleiben Forschungsförderung und Ausbildungsangebote?*

Moderation: Prof. Dr. Annette Zimmer

Weltweit befinden sich die Bürgergesellschaft und ihre Infrastruktur der gemeinnützigen Organisationen des Dritten Sektors auf Wachstumskurs. Die Gründe hierfür sind vielfältig und maßgeblich dem Rückbau der staatlich-öffentlichen Leistungserstellung in vielen Politikfeldern geschuldet. Die Organisationen und ihr Leitungspersonal werden hierdurch vor neue

Aufgaben und Herausforderungen gestellt. Doch während die BWL boomt, gibt es bisher kaum Lehrangebote, die gezielt für die Übernahme von Leitungsaufgaben im Dritten Sektor ausbilden. Entsprechende Defizite lassen sich auch in der Forschung feststellen. Während die Entwicklung von Industriezweigen genau analysiert wird, wissen wir in Deutschland nicht mal, wie viele gemeinnützige Organisationen (Vereine, Verbände, NPOs, NGOs und Stiftungen) es überhaupt gibt. Die Etablierung einer Dauerbeobachtung des Dritten Sektors ist längst überfällig. Aber auch auf der Meso-Ebene sieht es nicht viel besser aus. Zweifellos sind NPOs ein hoch-interessantes Objekt der Analyse: In gemeinnützigen Organisationen verschränken sich die Logiken des Marktes, der Familie und allgemeinen Öffentlichkeit. Die Forschung beginnt erst allmählich, dieses Potential zu entdecken. Nach Etzioni sind NPOs Organisationen der Zukunft, da sie in der Lage sind, die Effizienz der Unternehmung mit der Gemeinwohlorientierung des Staates in Einklang zu bringen. Doch Forschung und Lehre zu Bürgergesellschaft und Drittem Sektor verlangen nach Interdisziplinarität und enger Zusammenarbeit jenseits von Fachbereichs- und Fakultätsgrenzen. Warum dies mit Schwierigkeiten verbunden ist und für den Lehrbetrieb der Universitäten eine Herausforderung darstellt, ist Thema des Forums. Im Zentrum steht ferner die Praxis der privaten und öffentlichen Forschungsförderung. Aktuell lässt sich hier eine neue Offenheit gegenüber gesellschaftlich aktuellen Themen, Fragestellung und interdisziplinären Zugangsweisen feststellen. Was dieser Trend für die Forschung zum Dritten Sektor und zum bürgerschaftlichen Engagement in Zukunft bedeutet, ist ebenfalls Thema des Forums.

Vier Arbeitsgruppen:

AG 1: *Soziale Bewegung und bürgerschaftliches Engagement: neue Formen, neuer Sinn?*

Leitung: Prof. Dr. Roland Roth/Prof. Dr. Dieter Rucht

Beim Stichwort bürgerschaftliches Engagement denken viele an Nachbarschaftshilfe, karitative und sozialpflegerische Leistungen, Mäzenatentum und – neuerdings – Corporate Citizenship. In diesem Verständnis ist bürgerschaftliches Engagement eine Sache von „Gutmenschen“. Zum bürgerschaftlichen Engagement gehören aber auch Formen der Kritik, des Protests, der Widerständigkeit, sei es mit reaktionären oder fortschrittlichen Zielsetzungen.

In der Arbeitsgruppe sollen mögliche Verschiebungen der Motive, Themen, Formen und öffentlichen Resonanzen vor allem des protestbereiten und widerständigen Engagements untersucht werden. Exemplarische Fragestellungen lauten: Ist das Engagement in sozialen Bewegungen weiterhin attraktiv oder gewinnen vielmehr flexibilisierte Formen konventioneller Interessenvertretung oder einer klientelistischen „Kampagnenpolitik“ an Boden? Erweitert sich der Horizont des

Engagements tatsächlich in Richtung transnationaler bzw. räumlich weit entfernter Probleme? Hat das Engagement Jugendlicher in Protestgruppen und sozialen Bewegungen nachgelassen? Wird das Engagement zunehmend auf seine massenmediale Resonanzfähigkeit hin kalkuliert?

AG 2: *Wirtschaften für gute Zwecke?*

Leitung: Prof. Dr. Adalbert Evers/Dr. Stefan Nährlich

Dass alle Organisationen und Initiativen, die im Dritten Sektor Dienste und Leistungen anbieten, auch eine wirtschaftliche Dimension haben, ist nicht neu. Fraglich ist aber, wie in theoretischen Konzepten von solchen Dritte-Sektor-Organisationen diese wirtschaftliche Dimension analytisch gefasst wird. In der internationalen Debatte zur „social economy“ wird vor allem darauf abgehoben, dass es die spezifischen institutionellen Verschränkungen mit einer Vielzahl von stakeholdern und Akteuren der Zivilgesellschaft sind, die garantieren sollen, dass die Zielrichtung des Wirtschaftens, aber auch die Verwendung von Überschüssen sozial und politisch eingebunden bleibt. Damit entsteht ein weiterer Fragenkreis auch für empirische Studien: welche Geltungskraft haben die besonderen Ziele und Rahmungen sozial-wirtschaftlicher Akteure – nicht nur bei Wohlfahrtsverbänden, sondern auch dort, wo diese Organisationen besonders stark Märkten ausgesetzt sind und sich die Grenzen zwischen Markt, Staat und Drittem Sektor verwischen? Welche zivilgesellschaftlichen Wirkungen lassen sich durch bürgerschaftliche Verantwortung von Unternehmen aufweisen und hat dies ggf. Rückwirkungen auf die Unternehmen?

Vor dem Hintergrund dieser Skizze des in der AG 2 zu verhandelnden Problembereichs wird die Frage nach analytischen Konzepten zur Erfassung der wirtschaftlichen Dimension von Dritte-Sektor-Organisationen einen ersten Themenbereich bilden. In einem zweiten Themenbereich wird man sich der Entwicklung solcher Organisationen zuwenden, die – z. B. als „neue Genossenschaften“ - explizit mit reformwirtschaftlichen Konzepten und Ansprüchen auftreten. In einem dritten Bereich soll schließlich ein spezifischer Ausschnitt der Debatte zur Corporate Citizenship aufgegriffen werden. Hier interessieren Befunde zur Wahrnehmung bürgerschaftlicher Verantwortung speziell bei jenen kleineren Betrieben und Unternehmen, die der lokalen und regionalen Ökonomie verbunden sind.

AG 3: *Governance im Wandel: Weniger Staat, mehr Zivilgesellschaft?*

Leitung: PD Dr. Ingo Bode

Ein häufig verkanntes Charakteristikum entwickelter Wohlfahrtsstaaten besteht darin, dass diese – und zwar seit ihren Anfängen – in vielerlei Hinsicht mit gemeinnützigen bzw. bürgerschaftlichen Initiativen und Organisationen verschränkt sind. Gewandelt hat sich im Zeitverlauf die Form dieser Verschränkung bzw. die Art und Weise, wie das Zusammen-

spiel zwischen Staat und organisierter Zivilgesellschaft gesteuert wird. Unter dem Stichwort „governance“ ist die Arbeitsteilung im Wohlfahrtsstaat zuletzt verstärkt zum Gegenstand wissenschaftlicher Debatten geworden. Insbesondere wird diskutiert, wie sich diese Arbeitsteilung entwickelt und entwickeln soll, wie staatliche Akteure mit nicht-staatlichen Kooperationspartnern umgehen, und welche Probleme entstehen, wenn auf neue Steuerungsroutinen umgestellt wird – z.B. Kontrakt-Management und wettbewerbliches Benchmarking, aber auch Maßnahmen zur „Aktivierung“ von Bürgern und Initiativen, die Aufgaben der Wohlfahrtsproduktion übernehmen.

In der Arbeitsgruppe geht es um Dynamiken, Konzepte und Probleme der Beteiligung von Akteuren des Dritten Sektors am Wohlfahrtsmix sowie um die Veränderung entsprechender Steuerungsprozesse und ihre Konsequenzen. Eine wichtige Frage wird sein, inwiefern es im Wohlfahrtsmix Entstaatlichung bei gleichzeitiger Aufwertung nicht-staatlicher Akteure gibt, und ob die vielerorts gepflegte „Aktivierungsrhetorik“ tatsächlich mit einer gewandelten Rolle bürgerschaftlicher bzw. zivilgesellschaftlich verankerter Initiativen einhergeht. Erwünscht sind Vortragsvorschläge, die diese Frage sowie damit zusammenhängende Problemstellungen mit Blick auf die deutschen Verhältnisse behandeln, wobei empirische und theoretische Beiträge gleichermaßen begrüßt werden.

AG 4: „Männliche“ Bürgergesellschaft?
Leitung: Dr. Christiane Lange

Für den Bereich Bürgergesellschaft bzw. Dritter Sektor liegen für die Bundesrepublik Deutschland bisher kaum theoretische Überlegungen oder empirische Studien vor, die Geschlecht systematisch thematisieren. Diese Lücke soll gefüllt werden, indem in dieser Arbeitsgruppe Themen behandelt werden wie:

- Genderdemokratie und Gendergerechtigkeit in der Bürgergesellschaft,
- Der Dritte Sektor im Kontext vergeschlechtlichter Arbeitsteilung,
- Arbeitsteilung und Arbeitsbedingungen innerhalb von Drittsektor- Organisationen,
- Genderfragen in der Organisationsentwicklung
- Gender Mainstreaming in Nonprofit-Organisationen,
- Ehrenamt/Freiwilligenarbeit/bürgerschaftliches Engagement versus professionelle Arbeit?
- Forschung zu Gender und Drittem Sektor.

Zwei Ebenen sind zu unterscheiden: Zum einen ist zu fragen, wie sich die Entwürfe von Bürgergesellschaft bzw. Drittem Sektor in die Theorie und Praxis der Arbeits- bzw. Tätigkeitsgesellschaft einfügen und inwieweit damit

auch deren geschlechterpolitische Implikationen reproduziert werden. Zum anderen sind aus der Binnenperspektive der Bürgergesellschaft und ihrer Organisationen Fragen danach zu stellen, wem, warum, welche Fähigkeiten, Rollen und Funktionen in der „Bürgergesellschaft“ zugetraut oder auch zugeschrieben werden. Was übernehmen Frauen, was Männer in der „Bürgergesellschaft“ und warum? Welche gesellschaftlichen Strukturen werden damit zementiert oder auch aufgeweicht? Welche Ansätze von Gender-Bewusstsein existieren in Drittsektororganisationen, z.B. in der sozialen Arbeit? Wie sieht es in den Organisationen des Dritten Sektors/der Bürgergesellschaft selbst aus? Wie in der Ausbildung? Wie in der Forschung über diese Organisationen?

Zeitplan

Donnerstag, 19.10.2006

- Ab 10.30** **Empfang**
- 11.30 – 12.00** **Begrüßung plenar**
Dr. Ansgar Klein und Prof. Dr. Dieter Rucht
- 12.00 – 13.30** **1. Forum plenar: Bürgergesellschaft und staatliche Politik**
Moderation: Dr. Ansgar Klein
- Prof. Dr. Thomas Olk (Institut für Pädagogik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Vorsitzender des Sprecherrats des BBE)*
- Dr. Michael Bürsch (MdB, Vorsitzender des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“)*
- Thomas Knöbelspies (Diakonisches Werk der EKD, Stuttgart)*
- Dr. Warnfried Dettling (Publizist, Autor, Politikberatung)*
- Prof. Dr. Felix Ekardt (Forschungsstelle für Europäisches Umweltrecht und Bremer Institut für Transnationales Verfassungsrecht, Universität Bremen)*
- 13.30 – 14.30** **Mittagpause**
- 14.30 – 16.00** **Erste Runde der vier Arbeitsgruppen (parallel)**
- AG 1: Soziale Bewegung und bürgerschaftliches Engagement: neue Formen, neuer Sinn?**
- Prof. Dr. Rudolph Bauer*
Die „Bertelsmannisierung“ der Bürgergesellschaft

Yvonne Schwartz
Bürgerstiftungen als Organisationen im kulturellen Bereich

AG 2: Wirtschaften für gute Zwecke

Prof. Dr. Adalbert Evers/Dr. Stefan Nährlich
Einleitung in die Thematik der AG

Dr. Andreas Eisen
Genossenschaften: Mittel zum (guten) Zweck im Dritten Sektor?

Holger Backhaus-Maul
Die Gesellschaft von Unternehmen

AG 3: Governance im Wandel: Weniger Staat, mehr Zivilgesellschaft? – Grundsatzfragen

Einleitung PD Dr. Ingo Bode

Prof. Dr. Norbert Wohlfahrt
Governance in der Arbeits(losen)gesellschaft: Staatliche Aktivierungspolitik und das Dilemma der Zivilgesellschaft

Dr. Michael Haus
Governance zwischen Depolitisierung und Repolitisierung
– Zur Rolle der Zivilgesellschaft in Governance-Prozessen

Jun.-Prof. Dr. Nicole Burzan/Dr. Jürgen P. Rinderspacher
Zeitkonflikte und Engagement in der Bürgergesellschaft

AG 4: „Männliche“ Bürgergesellschaft? Gender Mainstreaming in bürgerschaftlichen Organisationen

Begrüßung und Einleitung Dr. Christiane Lange

Dr. Gabriele Schambach
Gender Mainstreaming in Organisationen – Eckpunkte und Erfahrungen

Monika Götsch
Geschlecht und freiwilliges Engagement zwischen Öffentlichkeit und Privatheit

16.00 – 16.15 Kaffeepause

16.15 – 17.45 Zweite Runde der vier Arbeitsgruppen (parallel)**AG 1: Soziale Bewegung und bürgerschaftliches Engagement: neue Formen, neuer Sinn?**

Prof. Dr. Sigrid Baringhorst/Veronika Kneip/Johanna Niesyto

Wandel und Kontinuität von Protestkulturen seit den 1960er Jahren – Eine Analyse ausgewählter Anti-Corporate Campaigns

Dr. Sebastian Haunss

Neue Themen – neue Koalitionen? (Proteste auf EU-Ebene)

Dr. Matthias Heyck

Abkehr vom Protest? Neue Aktionsformen sozialer Bewegungen (Umweltschutzbewegung Chemnitz)

AG 2: Wirtschaften für gute Zwecke

Dr. Martina Wegner

Kleine und mittelständische Unternehmen und ihre Einbettung in Zivilgesellschaft und lokales Umfeld

Judith Polterauer

Bürgerschaftliches Engagement von mittelständischen Unternehmen in Deutschland – erwünschte und beobachtbare gesellschaftliche Wirkungen

Prof. Dr. Gerd Mutz

CSR und CC und die Rolle der Gewerkschaften

AG 3: Governance im Wandel: Weniger Staat, mehr Zivilgesellschaft? Soziale Fragen

Dr. Susann Burchardt/Dr. Heike Förster

Zivilgesellschaftliche Aktivierung durch Bundesprogramme? Das Bundesprogramm „Entwicklung und Chancen benachteiligter Jugendlicher in sozialen Brennpunkten“ im Kontext neuer kommunalpolitischer Strategien

Oliver Fehren

Agenten der Zivilgesellschaft: Intermediäre Instanzen im Quartiermanagement

Dr. Hans Hoch

Zivilgesellschaft in Pflegeheimen! Anzeichen für ein neues Bündnis der Generationen am Beispiel bürgerschaftlichen Engagements in Pflegeheimen

AG 4: „Männliche“ Bürgergesellschaft? Erwerbsarbeit und Gesellschaft aus der Genderperspektive

Dr. Felizitas Pokora

Patchwork. Annäherungen an einen erweiterten Arbeitsbegriff

Dr. Lydia Schambach-Hardtke

Organisationaler Umbruch als Integrationschance für Frauen" – Der Vereinigungsprozess zu ver.di aus der Gender-Perspektive

M. A. Annette von Alemann

Gibt es eine weibliche Corporate Citizenship?
Gesellschaftliche Leitbilder und soziale Verantwortung von Männern und Frauen in Spitzenpositionen der Wirtschaft

17.45 – 18.00 Kaffeepause

18.00 – 19.30 2. Forum plenar: Engagement im Abseits? Befunde aus verschiedenen Politikfeldern.

Moderation: Prof. Dr. Adalbert Evers

Stadterneuerung und Stadtpolitik:

Prof. Dr. Hartmut Häussermann (Institut für Sozialwissenschaften. – Stadt- und Regionalsoziologie an der HU Berlin)

Pflegepolitik:

Prof. Dr. Thomas Klie (EFH Freiburg, Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg)

Schulpolitik:

Sybille Volkholz (Bürgernetzwerk Bildung im VBKI)

Lokale kulturelle Einrichtungen und Kulturpolitik:

Bernd Wagner (Wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitische Gesellschaft e.V.)

Freitag, 20 Oktober

- 8.30 – 9.00** **Kaffeepause**
- 9.00 – 10.30** **3. Forum plenar: Baustelle Organisationsentwicklung:
Berichte aus den Verbänden**
Moderation: PD Dr. Ingo Bode; PD Dr. Christiane Frantz
- Dr. Sabine Groner-Weber (Ver.di Hauptvorstand)*
- Stephan Jentgens (Geschäftsführender Direktor der
Jugendhaus Düsseldorf e.V. - Bundeszentrale für
katholische Jugendarbeit, Geschäftsführer der BDKJ-
Bundesstelle e.V.)*
- Truda Ann Smith (Geschäftsführerin - BAG-Arbeit)*
- 10.30 – 10.45** **Kaffeepause**
- 10.45 – 12.15** **Dritte Runde der vier Arbeitsgruppen (parallel)**
- AG 1: Soziale Bewegung und bürgerschaftliches
Engagement: neue Formen, neuer Sinn?**
- Dr. Andreas Hadjar/Prof. Dr. Rolf Becker*
Bildungsexpansion und politisches Engagement –
Politisches Interesse und politische Partizipation im
Zeitverlauf
- Achim Goerres*
Die neuen Alten. Ältere Protestaktivisten am Beispiel der
englischen „Council Tax Protests“
- AG 2: Wirtschaften für gute Zwecke**
- Prof. Dr. Michael Meyer*
Wie viel Wirtschaft verträgt die Zivilgesellschaft? Über
Möglichkeiten und Grenzen wirtschaftlicher Rationalität in
NPOs
- Dr. Patricia Siebart*
Ökonomisierung des Sozialen: Möglichkeiten und
Grenzen ökonomischer Steuerung von
Wohlfahrtsverbänden

Prof. Dr. Theo Wehner/Gian-Claudio Gentile
KMUs in intersektoralen Partnerschaften: Soziale Handlungsorientierungen als Indikatoren für die Kooperation und den Erfolg?

AG 3: Governance im Wandel: Weniger Staat, mehr Zivilgesellschaft? - Steuerungsfragen

Prof. Dr. Thomas Klie/Prof. Paul-Stefan Roß
Regieren in der Bürgerkommune. Eckpunkte für Governance in lokalen Kontexten: Begründung und Konkretisierung

Dr. Hans-Liudger Dienel/Dr. Heike Walk
Kooperationsnetze und lokale Governance-Formen als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen

Dr. Jens Newig
Zwischen Machtabgabe und Rhetorik.
Zivilgesellschaftliche Akteure und die Effektivität umweltpolitischer Partizipationsprozesse in Deutschland

Anja vom Stein/Andreas D. Schulz
Lokale Partnerschaften als Verhandlungsarenen.
Plädoyer für ein produktives „Spannungsmanagement“

**AG 4: „Männliche Bürgergesellschaft?“
Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft?**

Prof. Dr. Rudolph Bauer
Frauen im Verein. Zur Sozialgeschichte und -psychologie des Weiblichen in der Bürger/innen/gesellschaft

Dr. Gisela Notz
„Auf diese einsatzfreudigen Damen greifen wir gerne zurück“
Bürgerschaftliches Engagement im Bereich von Kultur und Soziokultur

Petra Krüger/Torsten Poppek/Dr. Christiane Lange
Bürgergesellschaft „männlich“ – „weiblich“? Plädoyer für eine Analyseperspektive jenseits der Geschlechterdifferenz

12.15 – 12.30 Kaffeepause

12.30 – 14.00 4. Forum plenar: Bürgergesellschaft und Dritter Sektor: Wo bleiben Forschungsförderung und Ausbildungsangebote?

Moderation: Prof. Dr. Annette Zimmer

Prof. Dr. Hans-Gerd Ridder (BWL und Personalmanagement)

Dr. Volker Then (Geschäftsführender Direktor, Centrum für soziale Investitionen und Innovationen, Universität Heidelberg)

Dr. Erika Mezger (Leiterin der Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung)

Edelgard Bulmahn (MdB, Stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums der Volkswagen-Stiftung)

*Dr. Herbert Ammann (Geschäftsführer Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft, SGG) und
Dr. Peter Farago (Präsident der Kommission Forschung Freiwilligkeit in der SGG)*

*PD Dr. Jürgen Nautz (Geschäftsführender Leiter der ARGE "Wege zur Civil Society in Österreich" der Österreichischen Forschungsgemeinschaft;
Förderprogramm Zivilgesellschaft der Österreichischen Forschungsgemeinschaft)*

14.00 Schluss der Tagung

Organisatorische Hinweise

Ort:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

Telefon: (030) 25 491-0
Internet: www.wz-berlin.de

Zeit:

Donnerstag, 19.10.06 von 10.30 bis 19.30 Uhr
Freitag, 20.10.05 von 8.30 bis 14.00

Fahrplaninformationen Busse und Bahnen:

www.fahrinfo-berlin.de

Unterkunft:

Fjord Hotel Berlin

Bissingzeile 13

10785 Berlin

Email: fjordhotelberlin@t-online.de

Tel.: +49 (0)30 254 720

Fax: +49 (0)30 254 721 11

Hotel Delta

Pohlstraße 58

10785 Berlin

Email: delta@cca-hotels.de

Tel.: +49 (0)30-26 00 20

Fax: +49 (0)30-26 00 21 11

Hotel Altberlin

Potsdamer Strasse 67

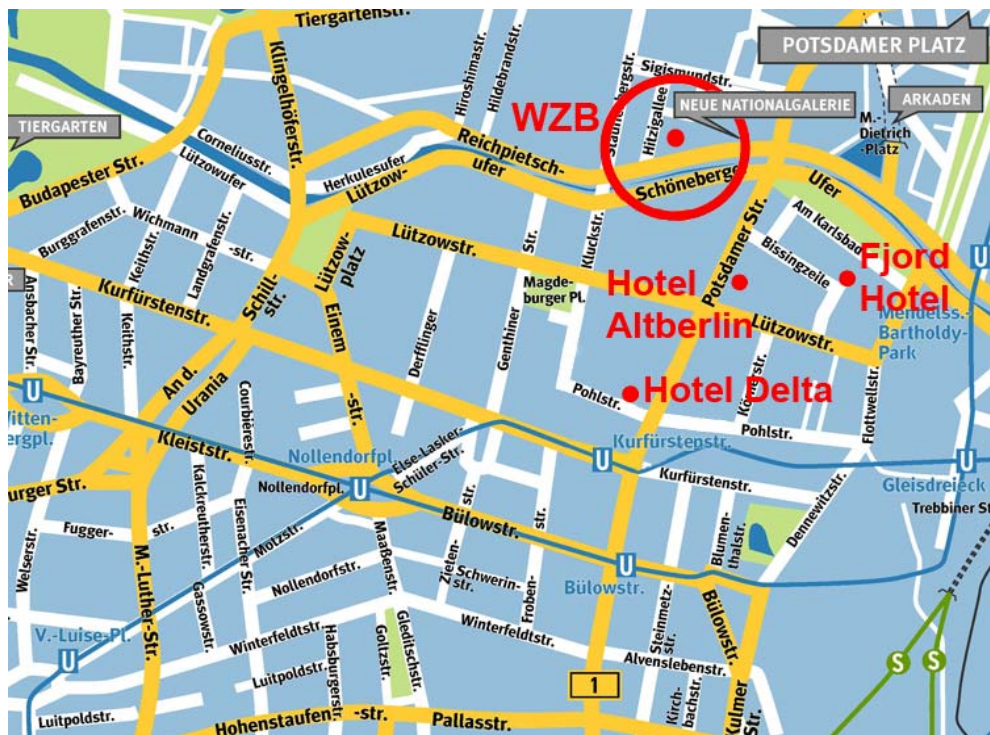
10785 Berlin-Mitte

Email: info@altberlin-hotel.de

Tel.: +49 (0)30 260 67 0

Fax: +49 (0)30 260 67 445

Lageplan:



Abstracts und Thesen

Thesen zu den Plenarvorträgen *Forum 1*

Bürgergesellschaft und staatliche Politik

Moderation: Dr. Ansgar Klein

Prof. Dr. Thomas Olk (Institut für Pädagogik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Vorsitzender des Sprecherrats des BBE)

Die Entwicklung engagementpolitischer Ziele und Interventionsformen hat im nationalen Rahmen vor allem seit der Jahrtausendwende in besonderem Maße an Dynamik gewonnen – das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001, die Arbeit der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des 14. Deutschen Bundestages bis 2002 und das direkt im Anschluss an diese Kommission gegründete „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ sowie die Einrichtung eines Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ im Deutschen Bundestag haben die Ausgangslage in Deutschland für ein eigenständiges Politikfeld „Engagementpolitik“ deutlich verbessert. Über lange Zeit war die Förderung des Engagements, seiner rechtlichen Rahmenbedingungen und engagementförderlicher organisatorischer und institutioneller Kontexte nur als (Neben-)Aspekt bereits etablierter Bereichspolitiken – etwa Sozial-, Familien- oder Gesundheitspolitik – behandelt worden. Doch mehr und mehr wird der Zusammenhang von bereichsspezifischen (Soziales, Umwelt, Sport, Kultur, Kommunen etc.) und bereichsübergreifenden, aus einer Querschnittsperspektive deutlich werdenden Entwicklungen von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement (Demokratisierung und Partizipation, Organisations- und Institutionenentwicklung, Infrastruktur und Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung, nationale und europäische Rahmungen etc.) thematisiert.

Dr. Michael Bürsch (MdB, Vorsitzender des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“)

- Keine der großen Herausforderungen, vor denen wir in Politik und Gesellschaft stehen, wird sich ohne freiwilliges Engagement bewältigen lassen.

- Stärkung der Bürgergesellschaft bedeutet, dass die Spielregeln der Bürgergesellschaft für alle gesellschaftlichen Lebensbereiche normative Kraft gewinnen.
- Es geht um ein neues Verhältnis von Staat und Gesellschaft, das nicht in Kategorien staatlicher Planung und Steuerung definiert wird, sondern im Sinne einer kooperativen und partnerschaftlichen Verantwortungsteilung. Daher stellt die Öffnung der staatlichen Institutionen und Entscheidungsprozesse für bürgerschaftliche Mitwirkung eine der wichtigsten engagementpolitischen Aufgaben in Bund, Ländern und Kommunen dar.
- Gute Reformpolitik braucht ein gesellschaftspolitisches Leitbild. Als Orientierung für eine reformpolitische Agenda bietet sich das Leitbild Bürgergesellschaft an.
- Die Gestaltung von engagementfreundlichen Rahmenbedingungen zielt auf eine Stärkung der Bürgergesellschaft – eine Perspektive, die verbesserte Beteiligungschancen bei der Gestaltung und Entwicklung des Gemeinwesens schaffen will.
- Die Kommunen sind die Kristallisationspunkte von aktiver Bürgergesellschaft und lebendiger Demokratie, in denen die neue Verantwortungsteilung zwischen Politik, Verwaltung und Bürgern konkret werden kann
- Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen ist kein Akt der Wohltätigkeit, sondern eine Frage der Geschäftsstrategie.
- Die Modernisierung des Sozialstaats ist ein exemplarischer Anwendungsfall für die neue Verantwortungsteilung zwischen Bürgergesellschaft und Aktivierendem Staat. Die Zukunftsfrage sollte nicht lauten, ob bzw. wie viel Sozialstaat wir uns noch leisten können oder wollen, sondern, wer die notwendigen und gesellschaftlich erwünschten Sozialleistungen künftig erbringt.
- Sozialpolitik in der Bürgergesellschaft orientiert sich an den Fähigkeiten und Erfahrungen der Menschen. Im Mittelpunkt steht die Aktivierung eigener Kräfte und die Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens: Die Betroffenen werden von Hilfsbedürftigen zu Handlungsfähigen.

Thomas Knöbelspies (Diakonisches Werk der EKD, Stuttgart)

These 1: Die Themenfelder „Bürger- und Zivilgesellschaft“ einerseits sowie „freiwilliges, bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement“ andererseits sind – außer vielleicht an Sonntagen und auf Tagungen - bislang an den Schaltzentralen der staatlichen Politik kaum angekommen. Anders gesagt: Diese Themenfelder sind kaum Einflussgrößen bei politischen Großentscheidungen und gesellschaftlichen Reformprojekten.

These 2: Die relative Randständigkeit, Geringschätzung und teilweise Nichtbeachtung der beiden Themenfelder „Bürger- und Zivilgesellschaft“

einerseits sowie „freiwilliges, bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement“ andererseits bei politischen Entscheidungen und politischem Handeln ist nicht einfach nur den politisch Handelnden oder anderen Dritten anzulasten. Die Verantwortung für diese Marginalität ist auch bei den Aktiven und Protagonistinnen und Protagonisten dieser Themenfelder selbst zu finden.

Als Gründe für diese Mitverantwortung der Protagonistinnen und Protagonisten von Bürgergesellschaft (BG) und bürgerschaftlichem Engagement (BE) möchte ich anführen:

1. Die Diskussionen um BG und BE werden häufig sehr abstrakt, theoretisch und allgemein gehalten geführt. Konkrete Adressaten für politisches Handeln etwa, seien es Politiker/innen oder Unternehmen, werden selten benannt.
2. Die Diskussionen um BG und BE werden zu oft nur innerhalb der „Szene“ geführt. Es findet zu wenig Einmischung in relevante Politikfelder und in das Handeln staatlicher und privater Akteur/innen statt.
3. Die Debatten und der Umgang miteinander innerhalb der „Szene“ sind fast immer harmonisch. Konflikte treten kaum auf oder werden nicht wahrnehmbar ausgetragen. Harmonie und die bloße Präsentation von „best practice“-Beispielen jedoch können kein politisches Handeln ersetzen und verhindern öffentliche Aufmerksamkeit.
4. Der zivilgesellschaftliche Diskurs bezieht sich zu wenig auf gesamtgesellschaftliche Debatten. Gesellschaftliche Reformprojekte etwa in den Bereichen Gesundheit oder Renten werden großenteils nicht bearbeitet.
5. Der zivilgesellschaftliche Diskurs nimmt sich bislang einem der zentralen Begriffe bei der Diskussion um den Sozialstaat, dem Begriff „Eigenverantwortung“, kaum an.
6. Durch die Veränderung sozialstaatlicher Arrangements erfahren Freiwillige – teilweise durch gesetzliche Novellierungen geregelt - neue Rollen und Möglichkeiten. Die darin enthaltenen Chancen wie auch Gefahren, die Spannung zwischen freiwilligem Tun einerseits und dem Rechtsanspruch Hilfebedürftiger auf Unterstützung andererseits, findet bislang kaum Beachtung.
7. Es wird zwar immer öfters von Engagementpolitik gesprochen, konkret geht es aber häufig v.a. um die Forderung nach einer umfassenderen EngagementFÖRDERpolitik.

Dr. Warnfried Dettling (Publizist, Autor, Politikberatung)

Wo sind die strategischen Orte für mehr bürgerschaftliches Engagement? Meine Antwort ist eine Anregung, ein Vorschlag, eine Aufforderung: *Ran an die großen Einrichtungen*, in denen die Menschen (oder ihre) Kinder ihre Zeit verbringen, von denen sie betroffen sind und wo, nebenbei, auch viel

Geld bewegt wird. Also: *Ran an die Kindergärten!* Kaum etwas kümmert Eltern mehr als dass Ihre Kinder gut aufgehoben sind. Dennoch ist das ehrenamtliche Engagement rund um den Kindergarten niedriger als in anderen Bereichen. Eltern erleben Kindergärten allzu oft als eine geschlossene Einrichtung, wo sie die Kinder abgeben und wieder abholen. Dabei könnten sie Orte für Kinder sein, die zur Nachbarschaft hin offen sind und von ihr unterstützt werden. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wäre eine andere Finanzierung, wie sie etwa der deutsche Städte- und Gemeindebund vorgeschlagen hat: Über Gutscheine für die Eltern, also nicht Objektförderung sondern Stärkung der Kaufkraft und der Nachfrage, wo dies sozial geboten erscheint. Auf diese Weise würde sich das Verhalten der Kindergärten sofort ändern und mehr freiwilliges Engagement mobilisiert werden.

Ran an die Schulen! Auch rund um die Schulen lässt das freiwillige Engagement sehr zu wünschen übrig. Das aktive Interesse von Eltern etwa wird oft als störend empfunden. Die Schulen müssen sich deshalb ändern, damit sie einladend werden für das bürgerschaftliche Engagement. Internationale Erfahrungen zeigen: Schulen sind dann am besten, wenn sie nicht als staatliche Anstalten betrieben, sondern als gemeinsames Projekt von Lehrern, Eltern, Schülern und lokaler Gesellschaft ("local leaders") verstanden werden. Je selbständiger eine Schule, umso wahrscheinlicher, dass sie Engagement anzieht und "belohnt". Dazu gehört auch eine Antwort auf die Frage: Was machen Schüler nachmittags? Es geht darum, die Schule als sozialen Ort zu gestalten, wo Schüler vielfältige Erfahrungen machen können, wo Vereine, Initiativen, freie Träger Aktivitäten anbieten: das wäre eine ganz neue Perspektive jenseits der "Ganztagsschule". Voraussetzung ist natürlich, dass die Frage der Versicherung für Unfälle in den Räumen der Schule geklärt ist, ein gutes Beispiel dafür, wie die Kommune oder das Land durch Übernahme der Versicherungskosten mit relativ geringen Mitteln viel bewirken kann.

Ran an die Krankenhäuser! Es ist nur eine Frage der Zeit, bis eine Reform des Gesundheitswesens den Wettbewerb auch der Anbieter bringen wird. Dann müssen sich Krankenhäuser positionieren und profilieren. Das kann auch dadurch geschehen, dass sie sich den Kranken auf eine neue Weise zuwenden, sie empfangen, wenn sie mit Angst vor einer Operation ins Krankenhaus kommen, ihnen besser erklären, was mit ihnen geschehen wird, warum der Arzt und die Schwester jetzt gerade keine Zeit hat, wo die Cafeteria ist usw. usf. Es gibt im Krankenhaus viel zu tun für Ehrenamtliche, was bisher ungetan bleibt. Künftig wird der menschliche Faktor eine Rolle spielen im Wettbewerb. Und er macht das Leben der Kranken im Krankenhaus leichter.

Ran an die Altersheime! Hier kann freiwilliges Engagement (von außen) aktiviert werden durch Patenschaften von Klassen oder Schulen und (von innen) durch ein Leitbild, das ganz bewusst die alten Menschen im Heim so weit wie möglich einbezieht und ermuntert, bei Tätigkeiten im Garten, in der

Küche etc. mitzuwirken so weit sie wollen und können. Das setzt *neue* Formen der Evaluierung voraus, um zu verhindern, dass alte Menschen ausgebeutet werden.

Nicht zuletzt: ***Ran an die Unternehmen!*** Das ist ein noch brach liegendes Feld, auf denen Kommunen eine Anregungs- und Maklerfunktion haben, damit Unternehmen und *Unternehmer als Bürger* wirken in einer Weise, dass das Gemeinwesen und sie selber etwas davon haben nach dem Motto: Gutes tun mit Gewinn!

Was tun? *Wie* kann es geschehen, dass mehr bürgerschaftliches Engagement ins Land kommt?

Die wichtigste Aussage gleich vornweg: Geld ist nicht (immer) das Entscheidende. Es kommt vor allem auf das entsprechende Klima und es kommt auf unterstützende Strukturen an. Und es kommt auf Bürgermeister und Landräte, es kommt auf den politischen Willen an. Vergleichende Untersuchungen zeigen: Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement gedeihen immer dort, wo verantwortliche Politiker es wirklich wollen und auch die formale Zuständigkeit dafür bei sich ansiedeln (also: in der Staatskanzlei, beim Bürgermeister, beim Landrat).

Wichtiger als Geld sind oft andere Aspekte wie zum Beispiel:

Begleiten und Beraten, und zwar nicht nur die Freiwilligen und Ehrenamtlichen, sondern auch die Einrichtungen. Wir brauchen eine Unternehmensberatung für soziale Einrichtungen, damit diese lernen, was sie mit Freiwilligen alles anfangen können. Wir haben relativ wenig ehrenamtliches Engagement in Deutschland und Österreich nicht deshalb, weil die Leute zu egoistisch oder desinteressiert sind, sondern weil die Einrichtungen oft außerordentlich ehrenamtsfeindlich sind. Freiwillige/Ehrenamtliche zu finden, zu motivieren, richtig einzusetzen und bei der Stange zu halten ist eine professionelle Aufgabe. Vereine und Verbände klagen, dass sie zu wenige finden. Dabei steigen viele wieder aus, die einmal aktiv waren. Die (potentiell) Aktiven wollen mitreden, sich einbringen, den Sinn erkennen. Die Einrichtungen haben es heute mit anderen Menschen zu tun als früher. Wenn sie das nicht beachten, können sie das Potential an Engagement nicht ausschöpfen.

Mediation und Moderation für Haupt- und Ehrenamtliche: Die Kooperation gelingt nicht von alleine. Man darf Freiwillige nicht Überfordern, aber auch nicht unterfordern. Wenn Hauptamtliche, wie es eine Altenpflegerin einmal formuliert hat, sich als "Putz und Pflegemaschine" vorkommen und dann sehen, wie Ehrenamtliche sich mit Alten über ihr Leben unterhalten, also die angenehmen Dinge tun, dann entsteht Spannung. Die Kooperation wird nur gelingen, wenn beide Seiten sich in die Perspektive des je anderen hinein versetzen können, wenn die Tätigkeiten und Verantwortlichkeiten zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen

neu gemischt werden. Das erfordert professionelle Mediation, Moderation und Organisationsberatung.

Vernetzen: Ein Schlüssel zur Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements (und zur Lösung vieler Probleme) liegt in der Vernetzung der relevanten Akteure einer Gemeinde, einer Stadt, eines Stadtteils. . Eine wichtige Aufgabe der Kommune besteht darin, diese Akteure an einen Tisch zu bringen und dafür zu sorgen, dass sie nicht ihre Interessenstandpunkte wiederholen sondern sagen (und in die Pflicht genommen werden), was sie zur Lösung eines Problems beitragen werden. So vereint der "Essener Konsens" erfolgreich Kammern Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmen, Handwerkerschaft, Bildungsträger usw. mit dem Ziel, die Integration benachteiligter Jugendlicher und Arbeitsloser zu verbessern. Vernetzung der Akteure kann man sich auch denken zur Prävention in der Gesundheitspolitik, zur sozialen Reaktivierung belasteter Nachbarschaften usw. Solche Netze entstehen nicht von selbst. Sie zu knüpfen und zu stabilisieren ist Aufgabe der Kommune.

Es wäre noch viel zu sagen: über die "Kultur der Anerkennung" für ehrenamtliches Engagement; über überzogene Standards etwa in der Tagesbetreuung von Kindern und auf anderen Gebieten, die gegen Bürgerengagement in Stellung gebracht werden, über falsche Erwartungen: eine Bürgergesellschaft kann Arbeitslosigkeit nicht beseitigen und den Sozialstaat nicht ersetzen. Aber sie gibt uns Kriterien, wie man ihn weiter entwickeln kann. Es geht den Menschen und es geht dem Gemeinwesen besser, wenn die Bürger sozialaktiv sind, etwas unternehmen. Die anzuregen und zu fördern ist künftig eine wichtige Aufgabe der Kommunalpolitik.

Prof. Dr Felix Ekardt (Forschungsstelle für Europäisches Umweltrecht und Bremer Institut für Transnationales Verfassungsrecht)

1. Die Hoffnung auf die Zivilgesellschaft als zunehmend wesentlicher Akteur der Lösung politisch-gesellschaftlicher Probleme ist in liberalen Demokratien (national wie transnational) ambivalent in mehrfacher Hinsicht. Einerseits ist richtig, dass eine liberale Demokratie als „Verfassungsvoraussetzung“ auf ein Mindestmaß an faktischer Zustimmung und Engagement seitens ihrer Bürger angewiesen ist. Andererseits ist charakteristisch für liberale Demokratien, dass sie ihre Kernidee – die Entfaltungsfreiheit der Menschen – zerstören würden, sobald sie versuchen würden diese „Verfassungsvoraussetzung“ politisch-rechtlich herbeizuzwingen.
2. Begrüßenswert ist ungeachtet dessen die partizipativ-demokratische Assoziation des Redens von Zivilgesellschaft. Denn das optimale Institutionenset der Konfliktlösung zwischen den konfligierenden Freiheiten und Freiheitsvoraussetzungen der Bürger, die

gewaltenteilige Demokratie (die allerdings keine rein nationale bleiben darf), stößt in ihrer rein repräsentativen Komponente zunehmend an Grenzen. Freilich ist die Forderung nach Partizipation nur dann begrüßenswert, wenn sie nicht einhergeht mit einer postmodernen Umdefinition der Politik zu einer in ihren normativen Gehalten beliebigen Arena bloßer Machtkämpfe, in denen Forderungen und Ergebnisse nie in irgendeiner Weise „Richtigkeit“ für sich beanspruchen können.

3. Ebenfalls begrüßenswert ist die mit der Rede von „mehr Zivilgesellschaft“ häufig assoziierte Abkehr von einem paternalistischen Politikkonzept, welches in der Vergangenheit aus den Schutz des Bürgers vor sich selbst zu den Staatsaufgaben rechnete (und z.T. heute noch rechnet).
4. Problematisch ist die (nahtlos an ein postmodernes „Richtigkeits“konzept anschließende) Forderung, inhaltliche politische Konfliktlösungen – z.B. klare Spielregeln in der Umwelt- und Wirtschaftspolitik – zunehmend durch prozedurale, selbstregulative und unreglementiert wettbewerbliche Steuerungsmechanismen zu ersetzen. Besonders in der Umweltpolitik wird „die Stärkung der Zivilgesellschaft“ in diesem Zusammenhang ein Feigenblatt für den Abbau wirksamer umweltpolitischer Regulierungen.
5. Ebenso droht die Forderung nach „mehr Zivilgesellschaft“ als Bemäntelung eines sich zurückziehenden Sozialstaates von der Notwendigkeit abzulenken, den Sozialstaat durch eine stärkere Europäisierung und Internationalisierung der Politik – bis hin zu global anzulegenden Sozial-, Umwelt- und Steuerstandards und nicht etwa nur globalen unverbindlichen Partizipationsprozessen – langfristig wenigstens in seinen zentralen Punkten zu erhalten.

Abstracts zu den Arbeitsgruppen - Erste Runde

AG 1: Soziale Bewegung und bürgerschaftliches Engagement: Neue Formen, neuer Sinn?

Leitung: Prof. Dr. Roland Roth und Prof. Dr. Dieter Rucht

Prof. Dr. Rudolph Bauer (Institut für Lokale Sozialpolitik und Nonprofit-Organisationen, Universität Bremen)

Die „Bertelsmannisierung“ der Bürgergesellschaft

Der Beitrag zeigt auf, dass und auf welche Weise der Begriff der Bürgergesellschaft Eingang gefunden hat in die konzeptionellen Vorstellungen und Reformempfehlungen der Bertelsmann-Stiftung. Indem die operativ tätige Stiftung Einfluss nimmt auf den zivilgesellschaftlichen Diskurs, instrumentalisiert sie diesen für das gesellschaftspolitische Anliegen des Neoliberalismus und unterläuft damit demokratische Prozesse der politischen Willensbildung in Deutschland.

Belegt wird die These der „Bertelsmannisierung“ am Beispiel der kommunalpolitischen Anliegen der Stiftung, wie sie sich zunächst aus der Satzung, den Stiftermotiven und den allgemeinen Zielmarken der Stiftungstätigkeit ablesen lassen. In einem zweiten Teil werden die Organisations-, Aktions- und Präsentationsformen der Bertelsmann-Stiftung beschrieben und kritisch untersucht. Der dritte Teil analysiert die Networking-Strategie der Bertelsmann-Stiftung sowie der Medien-Unternehmen der Bertelsmann AG bei ihren erfolgreichen Versuchen, im Interesse einer wirtschaftsfreundlichen Politik in nachhaltiger Weise auf Meinungsbildung und Politik Einfluss zu nehmen.

Der Beitrag beleuchtet aus der Perspektive eines demokratietheoretisch-kritischen Ansatzes sowohl die bürgerschaftlichen Intentionen als auch das faktische Zusammenspiel der operativ tätigen Stiftung einerseits mit den zu einem Wirtschaftskonzern gehörenden Unternehmen der massenmedialer Bewusstseinsindustrie andererseits. Dabei wird hinsichtlich der aktuellen Tragfähigkeit des Demokratiemodells eine gewissen Skepsis nicht zu verschweigen, aber auch zu fragen sein, ob durch die „Bertelsmannisierung“ der Bürgergesellschaft die Grundsätze der demokratischen Verfassung nicht in sehr bedenklicher Weise verletzt werden.

Yvonne Schwartz (Diplompädagogin)

Bürgerstiftungen als Organisationen im kulturellen Bereich. Eine empirische Fallstudie.

Der Begriff der Bürgergesellschaft scheint in der letzten Zeit zu einem Mythos zu avancieren. Der Bürgergesellschaft wird „vieles“, wenn nicht sogar „alles“ zugetraut. Gesellschaftliche Probleme sollen mithilfe von bürgerschaftlichem Engagement lösbar sein oder lösbar werden. Ich werde im folgenden Beitrag versuchen zu ergründen, welche Rolle die Organisation Bürgerstiftung in einer Bürgergesellschaft spielen kann. In Deutschland wurde zu Beginn des Jahres 2006 die 100. Bürgerstiftung gegründet. Bürgerstiftungen behaupten von sich, durch mehr Miteinander von „Bürgern, Wirtschaftsunternehmen und Organisationen den Gemeinsinn (zu) stärken“, um so nachhaltig in ihre Umgebung einzuwirken und dort zu unterstützen, wo Hilfe angebracht ist. Parallel zu diesem „Boom“ in der Gründung von Bürgerstiftungen ist in den letzten Jahren ein zunehmender Rückzug der Kommunen aus der Förderung von Projekten im kulturellen Bereich zu beobachten. Der Grund hierfür ist letztlich der Haushalt in Städten und Gemeinden, der zunehmend „unter finanziellen Engpässen leidet.“

An diesem Punkt will dieser Beitrag ansetzen. Anhand einer Fallstudie wird versucht aufzuzeigen, ob und in welchem Maße es Bürgerstiftungen gelingen kann, explizit im kulturellen Bereich - denn anders als etwa Sozialleistungen sind Kulturangebote keine kommunalen Pflichtleistungen - sich beispielsweise durch verstärkte Förderung von Projekten Dritter und durch die Durchführung eigener Projekte zu verankern und zu etablieren.

Zu vermuten ist, dass Bürgerstiftungen im kulturellen Bereich zunehmend verstärkt auch Aufgaben der Kommune übernehmen, indem sie Kulturprojekte durchführen oder Projekte im kulturellen Bereich finanziell fördern. Damit würden sie die bestehende lokale Organisationslandschaft nicht nur ergänzen, sondern sie mit einer gezielten Förderung ersetzen und somit die Gefahr der - angesichts ausbleibender kommunaler Finanzierung - sonst ausfallenden Projekte auffangen: Sie wären - überspitzt gesagt - „Ausfallbürgen und Lückenbüßer.“ Beide Begriffe sind in der fachlichen Debatte negativ konnotiert und keinesfalls erstrebenswert. Doch fest zu halten ist, dass die Bürgerstiftung mit verstärkter Übernahme von Aufgaben (auch kommunaler) nicht eine Organisation von vielen in einer Stadt wäre, sondern sie würde eigenständig neben anderen Organisationen arbeiten und sich selbst in der lokalen Zivilgesellschaft verorten. Die Bürgerstiftung sieht sich somit als selbständigen Akteur in ihrer Stadt und ist in der Lage eigenständig Projekte zu fördern und durchzuführen.

AG 2: Wirtschaften für gute Zwecke

Leitung: Prof. Dr. Adalbert Evers und Dr. Stefan Nährlich

Dr. Andreas Eisen (Geschäftsführer des Genossenschaftsverband Norddeutschland e. V.,)

Genossenschaften: Mittel zum (guten) Zweck im Dritten Sektor?

Genossenschaften wirtschaften im Interesse ihrer Mitglieder. Die GenG-Novelle vom 18. August 2006 stellt klar, dass dies wirtschaftliche, soziale und kulturelle Belange sein können. Die eG ist die einzige Gesellschaftsform im Wirtschaftsleben, welche die Förderung der Belange ihrer Mitglieder als ausschließliches Ziel hat. Damit setzt die Genossenschaft dem in der Wirtschaft vorherrschenden shareholder value einen membership value als Kontrapunkt entgegen.

Genossenschaften sind nicht per se gemeinwirtschaftlich oder gemeinnützig orientiert. Die Unternehmens- und Rechtsform der eG bietet allerdings für gemeinwirtschaftliche und gemeinnützige unternehmerische Aktivitäten, bei denen viele Akteure: Betroffene, Förderer, Sponsoren gleichberechtigt beteiligt werden sollen, einen adäquaten Rechts- und Organisationsrahmen. Im Gegensatz zum e.V., der seinem ideellen Ziel verpflichtet ist und nur bedingt wirtschaftlich tätig werden kann, ist die eG von vorne herein auf eine wirtschaftliche Tätigkeit zur Erreichung der jeweiligen Ziele der Mitglieder ausgerichtet. Anders als bei Kapitalgesellschaften gilt bei der Genossenschaft das demokratische Prinzip: Ein Mitglied – eine Stimme, was einen weit reichenden Schutz vor der Dominanz einzelner oder fremder Interessen bietet. Dies ist in Bereichen des genossenschaftlichen Bürgerengagements wie der Wasser- und Energieversorgung oder im Gesundheits- und Pflegebereich als Schutz vor Spekulationen von entscheidender Bedeutung.

Bürgergenossenschaften gründen sich in jüngerer Zeit insbesondere zur Übernahme von Schwimmbädern und anderen Sport und Freizeiteinrichtungen, im Bereich der Energie- und Wasserversorgung. Erhebliche Potenziale sind im Gesundheitswesen und im Bereich von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu sehen.

Die Genossenschaft bietet insbesondere auch durch die neuen Regelungen des GenG seit dem 18. August 2006 ein gleichermaßen stabiles (eG ist die Rechtsform mit der geringsten Insolvenzquote) wie flexibles (neue Mitglieder können problemlos aufgenommen werden) Mittel zum (guten) Zweck im Dritten Sektor zwischen Markt und Staat. Dabei ist der besondere Charme der Genossenschaft, dass sie die Vorteile privatwirtschaftlicher

Effizienz mit dem Gewährleistungsanspruch der öffentlichen Hand durch die klare Ausrichtung auf die Interessen der Mitglieder verbindet.

Holger Backhaus-Maul (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)

Die Gesellschaft von Unternehmen

Wirtschaftssystem und Unternehmen waren konstitutiv für die Soziologie in Deutschland. In der aktuellen sozialwissenschaftlichen Diskussion hingegen werden das „Soziale“ und die Gesellschaft in der Regel außerhalb des Wirtschaftssystems und frei von privatgewerblichen Unternehmen konstruiert. Der Beitrag bricht mit dieser verbreiteten Gewohnheit und geht davon aus, dass das Wirtschaftssystem eine gesellschaftliche Institution und Unternehmen kollektive gesellschaftliche Akteure sind.

Den Ausgangspunkt bildet die entsprechende globale Debatte über die „neue“ gesellschaftliche Rolle von Unternehmen, die seit einigen Jahren unter Leitbegriffen wie Corporate Citizenship und Corporate Social Responsibility geführt wird. Beide Debattenstränge sollten im Hinblick auf ihre gesellschaftlichen Implikationen skizziert werden. Dabei werden sowohl die gesellschaftlichen Aspekte innerbetrieblicher Abläufe, als auch die gesellschaftlichen Umweltbezüge von Unternehmen verdeutlicht.

In einem zweiten Schritt wird der Stand der deutschen Debatte über die Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft, hier verstanden als Bürger- bzw. Zivilgesellschaft, analytisch vertiefend herausgearbeitet. Dabei geht es um die schemenhaften Konturen eines neuen unternehmerischen Gesellschaftsverständnisses und die darin zum Ausdruck kommenden Dilemmata und Friktionen. Insgesamt ist es das Anliegen des Beitrages, die Bedeutung von Unternehmen als kollektive soziale Akteure in sozialwissenschaftlichen Debatten, insbesondere über den Dritten Sektor und die Zivil- bzw. Bürgergesellschaft, zu verdeutlichen.

AG 3: Governance im Wandel: Weniger Staat, mehr Zivilgesellschaft? – Grundsatzfragen

Leitung: PD Dr. Ingo Bode

Prof. Dr. Norbert Wohlfahrt (Ev. Fachhochschule Rhein-Westfalen-Lippe, Bochum)

Governance in der Arbeits(losen)gesellschaft, staatliche Aktivierungspolitik und das Dilemma der Zivilgesellschaft

Der Beitrag geht von der These aus, dass zur Durchsetzung gesellschaftlicher Modernisierung durch angebotsorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik strategische Allianzen von Staat und Verbänden bzw. zivilgesellschaftlichen Akteuren erforderlich sind. Dabei geht es weniger um eine Aufgaben- oder Verantwortungsverlagerung vom Staat auf zivilgesellschaftliche Organisationsformen, sondern um deren gezielte Instrumentalisierung zum Zwecke des Sozialstaatsumbaus. Die Umformung des (alten) Korporatismus im Verhältnis von Staat und Verbänden zu einer (neuen) strategischen Allianz mit der Sozialwirtschaft und die Forderungen nach einer Aufwertung ordnungspolitischer Funktionen der Zivilgesellschaft zeigen, dass zur Durchsetzung staatlicher Aktivierungs- und Haushaltskonsolidierungspolitik die Einbeziehung gesellschaftlicher Akteure erforderlich ist, weil der Staat die kompensatorischen Folgekosten nicht mehr (allein) tragen will oder kann. Das offenkundige Dilemma besteht allerdings darin, dass durch die veränderte staatliche Regulierung die zivilgesellschaftlichen Funktionen von Nonprofit-Organisationen eher eingeschränkt werden und diese damit die Aufgabe gesellschaftlicher Integration immer weniger erfüllen (können). Es deutet sich an, dass dies aus staatlicher Sicht als „Scheitern der Zivilgesellschaft“ wahrgenommen wird und damit die Aktivierungspolitik um stärker verpflichtende Elemente (vom Arbeitsdienst bis zur respect agenda Tony Blairs) ergänzt werden soll. Thesen zu meinem Beitrag:

1. Die Debatte über die Zivilgesellschaft verläuft in der Regel in zwei Strängen: dem verwaltungswissenschaftlichen Diskurs und dem demokratie-theoretischen Diskurs. Der Aufschwung des Begriffs seit Mitte der 90er Jahre verdankt sich aber eher einer dritten Variante, in der dieser in einen explizit sozialpolitischen Kontext gestellt wird. Dabei geht es um die gezielte Instrumentalisierung und Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationsformen zur Durchsetzung einer angebotsorientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik.
2. Die angebotsorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik hat bislang ihre Versprechungen nicht einlösen können. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Ausbleiben des erhofften Wirtschaftswachstums hat den Wohlfahrtsstaat in eine

- Finanzierungsfälle geführt, was im Verhältnis zu den alten Sozialpartnern dazu führt, dass diese konsequent dem dominanten Standpunkt der Haushaltskonsolidierung unterworfen werden. Instrument hierzu ist die Durchsetzung einer wettbewerbsorientierten Rahmenordnung im sozialen Dienstleistungssektor als Instrument einer effizienzorientierten Leistungserbringung.
3. Dies führt zu einer sozialwirtschaftlichen Revolution bei den Nonprofit-Organisationen, die sich als Sozialunternehmen begreifen und versuchen, ihre traditionellen zivilgesellschaftlichen Funktionen neu zu ordnen. Der Korporatismus erweist sich dabei keineswegs als „Auslaufmodell“, sondern wird zur Durchsetzung haushaltskonsolidierender Sozialpolitik immer wieder erneuert. Dies führt allerdings zu dem Dilemma, dass sich die Nonprofit-Organisationen mit dieser neuen Form von Sozialpartnerschaft zivilgesellschaftlich nicht mehr profilieren können. Der Rückgang des freiwilligen Engagements und die sozialpolitische Entkernung der Verbände sind die Folge dieses Wandels.
 4. Im erneuerten Korporatismus sollen die zivilgesellschaftlichen Akteure – so die Vorstellung der Sozialstaatsarchitekten – als Teil der staatlich gesteuerten und organisierten Leistungskette operieren und mit der professionellen Leistungserbringung vernetzt werden, damit die Leistungstiefe des sozialstaatlichen Handelns (scheinbar) erhalten bleibt. Die Aktivierung zivilgesellschaftlicher Akteure soll die Grenzen einer vermarktlichten Sozialwirtschaft kompensieren. Dieses Projekt erweist sich als instabil und widersprüchlich: neben „Markt“- und „Staats“-Versagen droht schon jetzt die Debatte über Gesellschaftsversagen.
 5. Das Dilemma der Zivilgesellschaft besteht darin, dass sie zur Durchsetzung der staatlichen und gesellschaftlichen Modernisierung zwar benötigt werden (Governance), hierzu aber die Maximen der staatlichen Aktivierungspolitik für mehr Wirtschaftswachstum an sich selbst durchsetzen müssen. Sie verlieren ihre gesellschaftliche Integrations- und Bindungskraft in dem Maße, in dem sie als erneuerte Sozialpartner des Sozialstaatswandels gebraucht und aktiv eingebunden werden.

Dr. Michael Haus (Pädagogische Hochschule Heidelberg Institut für Gesellschaftswissenschaften, Abteilung Politikwissenschaft)

Governance zwischen Depolitisierung und Repolitisierung – Zur Rolle der Zivilgesellschaft in Governance-Prozessen

Von “Governance” wird oft gesagt, dass es sich um eine erweiterte Form des Regierens handle, bei der mit Hilfe von Politik-Netzwerken und den in ihnen ablaufenden Verhandlungsprozessen und eingegangene Partnerschaften eine effektivere Bearbeitung von Problemen angestrebt werde. In dieser Semantik effektiver Problemlösung scheint oft eine depolitierte

Sichtweise wirksam zu sein, insofern nämlich eine Rhetorik des Konflikts durch eine Rhetorik der Kooperation ersetzt wird. Die Anerkennung eines vorgegebenen institutionellen Rahmens scheint die Voraussetzung für eine Interaktion als gleichwertige "Partner" zu sein. So erscheint etwa eine prinzipielle Kritik an der institutionellen Ordnung des "Marktes" nicht mehr möglich. Im Vordergrund der Legitimation von Politik wird dann eine Output-Legitimation stehen, welche auf "trickle down"-Effekte von Wachstums- und Innovationseffekten sowie auf die über Steuern zu finanzierenden Verteilungs- und Inklusionspolitiken des Staates abstellt. Kompatibilität mit den Imperativen der Globalisierung ist das oberste Gebot (vgl. Newman 2004).

Zugleich wird mitunter die Auffassung vertreten, dass Governance ein Repolitisierungspotential birgt. Hier wird auf die depolitisierenden Züge der "traditionellen" Formen von Politik und Öffentlichkeit hingewiesen, die von einem restriktiven Verständnis und einer unzureichenden Artikulation des Politischen in der Befassung mit öffentlichen Problemen gekennzeichnet gewesen seien (vgl. Sørensen 2002). Governance wird dann verstanden als eine Folge der (im Prinzip begrüßenswerten) Krise einer temporär stabilisierten Art der Hervorbringung politischer Entscheidungen, welche eine vermeintlich „natürliche“ Form hatte und auf vermeintlich gegebene Identitäten, administrative Routinen und Organisationsprinzipien usw. rekurrierte.

In der Präsentation soll diese Gegenüberstellung von Depolitisierung und Repolitisierung dadurch vertieft und auf die Frage der Bürgergesellschaft bezogen werden, dass zum einen eine Analyse von Theorien der „Meta-Governance“ erfolgt (Haus 2006) und zum anderen eine Verknüpfung mit dem Diskurs des „Dritten Weges“ in Europa vorgenommen wird, der viele der hier angeschnittenen Fragen programmatisch aufgenommen hat und dessen Analyse für die Einschätzung der beiden Thesen erhellende Einsichten bereithält (Bastow/Martin 2005, Newman 2004).

Literatur:

Bastow, Steven/Martin, James (2005): Third Way Politics Today, in: Howarth, David/Torring, Jacob (Hrsg.): Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy and Governance, Houndsmills: 211-230.

Haus, Michael (2006): Governance, Meta-Governance und die Transformation lokaler Institutionen, in: Schwalb, Lilian/Walk, Heike (Hrsg.): Local Governance - mehr Transparenz und Bürgernähe?, Wiesbaden (im Erscheinen).

Newman, Janet (2004): Modernizing the State: A New Style of Governance?, in: Lewis, Jane/Surender, Rebecca (Hrsg.): Welfare State Changel Towards a Third Way?, Oxford: 69-88.

Sørensen, Eva (2002): Democratic Theory and Network Governance, in: Administrative Theory & Praxis, Jg. 24, Nr. 4: 693-720.

***Jun.-Prof. Dr. Nicole Burzan (Universität Dortmund, FB 12) und
Dr. Jürgen P. Rinderspacher (Westfälische Wilhelms-Universität
Münster, Institut für Ethik und angrenzende Sozialwissenschaften)***

Zeitkonflikte und Engagement in der Bürgergesellschaft. Ein Zeitbeirat als Instanz im Governance-Prozess

Sowohl staatliche als auch nicht-staatliche Organisationen sehen Individuen als potentiell engagierte Akteure im Sinne der Mitgestaltung gemeinschaftlicher Aufgaben. Die einzelne Institution hat bislang wenig Überblick darüber, welche Anforderungen insgesamt an die Individuen gestellt werden. Bei diesen treffen die Anforderungen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen jedoch zusammen – nicht allein bürgerschaftliches Engagement in einem weiten Sinne betreffend, sondern auch z.B. Erwerbsarbeit, Hausarbeit, Kinderbetreuung, Informierung über Bereiche wie gesunde Ernährung, Zusatzrente etc. Hinzu tritt die Koordination dieser Aktivitäten, die sich keinesfalls automatisch harmonisch ineinander fügen. Und nicht immer geht das Engagement mit dem erwünschten Gestaltungspotential einher.

In diesem fehlenden Überblick einzelner Institutionen liegt eine Gefahr, die auch als Steuerungsdefizit anzusehen ist, und zwar die der zeitlichen Überforderung von Bürger/innen, die in vielen Bereichen zugleich aktiv sein sollen. Als ein Instrument sowohl der Bündelung von Informationen über Zeitkonflikte als auch von Governance wird in dem Vortrag die Einrichtung eines „Zeitbeirates“ diskutiert. Ein solcher hätte als dauerhafte politische Instanz die Aufgabe, vergleichbar mit dem Verbraucherschutz, die Zeitinteressen der Bürger/innen zu vertreten und Zeitansprüche von Institutionen und Individuen in der Bürgergesellschaft aufeinander abzustimmen. Neben einer Diskussion z.B. über Zumutbarkeitskriterien bestünde eine wichtige Aufgabe dieses Zeitbeirates darin, eine fundierte empirische Datenbasis dazu zu schaffen, wie überfordert Menschen in der beschleunigten Moderne unter welchen Bedingungen sind. Ein Ziel des Beirates – in dem Wissenschaft, Politik und Repräsentant/innen der Zivilgesellschaft vertreten sein sollen – ist es, darauf aufbauend moderierende Empfehlungen zu geben.

Der Vortrag gliedert sich folglich in drei Teile: Zunächst wird die Zeitdimension als zentraler Aspekt der Diskussion um bürgerschaftliches Engagement und dessen Steuerung erläutert. Im nächsten Schritt steht das Konzept des Zeitbeirats als politische Instanz zur Abstimmung von Zeitansprüchen im Vordergrund. Schließlich wird ein Ausblick darauf gerichtet, welche Dimensionen eine empirische Basis zur Frage nach zeitlicher Überforderung enthalten müsste.

**AG 4: „Männliche“ Bürgergesellschaft? Gender
Mainstreaming in bürgerschaftlichen
Organisationen**

Leitung: Dr. Christiane Lange

Monika Götsch (Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE))

**Geschlecht und freiwilliges Engagement zwischen Öffentlichkeit und
Privatheit**

Die BürgerInnengesellschaft wurde seit der Antike männlich gedacht: zunächst debattierten in der griechischen „polis“ die freien, männlichen Bürger – im Gegensatz dazu waren Frauen, Kinder und Sklaven in die Privatheit des „oikos“ verbannt. Später wurde, wie z.B. bei Montesquieu, der Bürger als männlicher Staatsbürger begriffen, der – wiederum im Gegensatz zu den Frauen – mit Bürgerrechten ausgestattet war. Die BürgerInnengesellschaft der Bundesrepublik findet sich heute – so meine These - zwischen „männlicher“ Öffentlichkeit und „weiblicher“ Privatheit. Wie öffentlich bzw. privat insbesondere freiwilliges Engagement wahrgenommen wird, und welche Rolle dabei Geschlecht und Bilder von Geschlecht spielen soll in meinem Vortrag diskutiert werden, ebenso wie entsprechende Brüche, Überschreitungen und Überschneidungen. Dabei stütze ich mich vorrangig auf Daten der geschlechterbezogenen Auswertung des Freiwilligensurveys 1999-2004, ebenso wie auf die quantitativen und qualitativen Erhebungen innerhalb des Modellprogramms „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“ des BMFSFJ. Für die 52 Modellprojekte im ganzen Bundesgebiet der „Generationsübergreifenden Freiwilligendienste“ gilt Gender Mainstreaming als „verpflichtendes Leitprinzip“. Drei, von der wissenschaftlichen Begleitung intensiv betreute Gender Mainstreaming Best-Practice-Projekte, die geschlechtsspezifische Förderung in drei weiteren Projekten, sowie die gendersensible Erhebung und Auswertung aller Daten durch das ZZE, soll gewährleisten, dass Gleichstellungsmaßnahmen umgesetzt und überprüft werden.

Mein Vortrag wird sich bezüglich Geschlecht und freiwilligem Engagement (als Bestandteil der BürgerInnengesellschaft) zwischen Öffentlichkeit und Privatheit mit folgenden Themen auseinandersetzen:

- Vergeschlechtlichte Engagementfelder und Aufgaben – zwischen Sportvereinsvorstand und häuslichem Besuchsdienst
- Geschlechtsuntypisches Engagement – Von sozialen Jungs bis zu Feuerwehrfrauen
- Reproduktion der Geschlechterverhältnisse und (nicht) gesteuerte „Dekonstruktions“prozesse - zwischen stereotypen Geschlechterbildern und differenziertem Menschenbild

- Förderliches und Hinderliches für notwendige Gleichstellungsmaßnahmen – zwischen Wunsch und Widerstand
- Probleme und Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Engagement – private Mütter und öffentliche Väter?
- Veränderungen durch Gender Mainstreaming in weiblichen bzw. männlichen Engagementfeldern – oder: die Organisation ist mehr als die Summe ihrer Mitglieder

Abschließend wird der Frage nachgegangen, wo eine moderne, plurale und geschlechtergerechte BürgerInnen- bzw. Zivilgesellschaft verortet sein müsste, welche private und öffentliche Dimensionen sie beinhalten und wie entsprechende, geschlechtliche Konnotationen durchbrochen werden könnten.

Abstracts zu den Arbeitsgruppen - Zweite Runde

AG 1: Soziale Bewegung und bürgerschaftliches
Engagement: neue Formen, neuer Sinn?

***Prof. Dr. Sigrid Baringhorst (Projektleitung DFG Teilprojekt „Protest- und Medienkulturen im Umbruch“, Universität Siegen),
Veronika Kneip (Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Universität Siegen)
und
Johanna Niesyto (Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Universität Siegen)***

Wandel und Kontinuität von Protestkulturen seit den 1960er Jahren – Eine Analyse ausgewählter Anti-Corporate Campaigns

Gegenstand des Vortrags bildet der Widerstand zivilgesellschaftlicher Protestakteure gegen privatwirtschaftliche Unternehmen. Entlang drei exemplarisch ausgewählter Kampagnen – der Springer-Kampagne (1965-1968)*, der Brent-Spar-Kampagne (1995) und der Kampagne „Lidl ist nicht zu billigen“ (2005/6) – wird die Frage diskutiert, welchen kulturellen Wandlungsprozessen unternehmensgerichtete Protestaktionen in Deutschland unterliegen und inwieweit kontinuierliche Muster im Zeitverlauf erkennbar bleiben.

Die drei ausgewählten Kampagnen erzielten hohe Medienresonanz und haben explizit Unternehmen als „Gegner“ in ihrer Kampagnenkommunikation aufgebaut. Aussagen zu aktuellen Protestformen werden durch Ergebnisse der Auswertung des im Rahmen des Forschungsprojektes „Protest- und Medienkulturen im Umbruch“ untersuchten Samples von circa 100 Anti-Corporate-Campaigns aus dem deutschsprachigen Raum (1995-2005) untermauert (<http://www.protest-cultures.uni-siegen.de>).

Rekonstruktionen und Deutungen der früheren Kampagnen basieren auf der Auswertung zeitgenössischer Dokumente und Medienberichte sowie umfangreicher Sekundärquellen. Mit der Fokussierung der expressiven Dimension der Kampagnenkommunikation stehen die Analyse von Deutungsrahmen sowie die Untersuchung von Formen der kollektiven Identitätsstiftung und Protestinszenierung im Zentrum.

*Beim genannten Zeitraum handelt es sich um die Kampagne im weiteren Sinne mit den ihr vorgelagerten Konflikten und Protesten. Die Planung der Kernkampagne erfolgte ab 1967.

***Dr. Sebastian Haunss (Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Institut für Politikwissenschaft, Universität Hamburg)***

Neue Themen – neue Koalitionen? (Proteste auf EU-Ebene)

Protest in Europa ist immer noch ein Phänomen, dessen Konturen erst langsam sichtbar und verstanden werden. Die Vielfalt der Perspektiven und Vermutungen zeigt, dass bisher erst wenig gesichertes Wissen darüber besteht, ob bzw. in welcher Weise sich Protest in Europa von Protesten auf nationaler Ebene unterscheiden. Einige Autoren betonen das Fehlen bzw. die Schwäche einer europäischen Öffentlichkeit und folgern daraus grundsätzliche Mobilisierungsprobleme sozialer Bewegungen auf europäischer Ebene. Andere betonen die größere Offenheit europäischer Institutionen gegenüber Interessengruppen und vermuten, dass daher Protestakteure, die die europäischen Institutionen adressieren, stärker als im nationalen Rahmen auf routinierte, nicht-konfrontative Protestformen zurückgreifen. Andere wiederum sehen keine prinzipiellen Unterschiede zwischen Protesten auf europäischer und nationaler Ebene, weisen aber darauf hin, dass EU-Proteste nicht notwendigerweise auf europaweit oder gar in Brüssel oder Straßburg stattfinden müssen.

In meinem Beitrag für die Konferenz möchte ich eine explizit die europäische Ebene adressierende Protestmobilisierung genauer unter die Lupe nehmen, um an diesem Beispiel zu zeigen, dass in Europa zwar nicht alles anders ist, als wir dies aus den verschiedenen nationalen Settings gewohnt sind, dass allerdings im untersuchten Beispiel einige Besonderheiten sichtbar werden, die dafür sprechen, dass die spezifischen politischen Rahmenbedingungen der europäischen Multi-Level-Governance dennoch ein Potenzial für innovative, die Teilung in konventionelle und nicht-konventionelle Protestformen sprengende Bewegungsmobilisierungen bieten.

Das Beispiel, das ich hierfür wähle ist die Auseinandersetzungen um die EU-Richtlinie zu Softwarepatenten in Europa. Dieser Konflikt wies eine für nationale Proteste höchst ungewöhnliche Akteurskonstellation auf. Gegen die inhaltliche Ausrichtung der Richtlinie mobilisierten nicht nur Bewegungsakteure wie Attac, GlobalisierungskritikerInnen und AktivistInnen des Free/Open Source Software Movements, sondern auch eine breite Koalition mittelständiger Unternehmen.

Welche Konsequenzen hatte diese Mischung unterschiedlicher Akteure, denen normalerweise deutlich voneinander abweichende Einflussnahme- und Proteststrategien zugeschrieben werden? Einigten sich die beteiligten Akteure auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner konventioneller Interessenpolitik auf der Ebene von Lobbying und Information? Oder fand eine Spezialisierung auf den jeweiligen Akteuren vertraute Protest- und Politikformen statt?

Diesen Fragen werde ich in meinem Vortrag nachgehen, um damit einige sicherlich nicht allgemeingültige aber dennoch instruktive Antworten auf die in der Konferenzankündigung formulierten Fragen nach dem Wechselspiel von Bewegungsengagement und Klientelismus sowie nach dem transnationalen Charakter aktueller Proteste zu liefern.

Dr. Matthias Heyck (Technische Universität Chemnitz)

Abkehr vom Protest? Neue Aktionsformen sozialer Bewegungen

Ausgehend von empirischen Befunden über die Umweltschutzbewegung in der Region Chemnitz möchte ich den Wandel der Aktionsformen der Umweltschutzbewegung in den neuen Bundesländern von der Wende bis heute nachzeichnen.

Auffällig ist, dass Protestereignisse auch in Konflikten vor allen um umweltrelevante Großprojekte in den alten Bundesländern rückläufig sind. Neuerdings stehen deliberative Verfahren wie zum Beispiel das Mediationsverfahren um den geplanten Ausbau des Frankfurter Flughafens für eine Integration der Umweltschutzbewegung und kritischer Bürger in Planungs- und administrative Prozesse, die u. U. die Bewegung schwächen.

Während sich der Rückgang von Protest in den neuen Bundesländern mit der Schwäche der Umweltschutzbewegung, dem fehlendem Anlass durch eine zumindest in bestimmten Bereichen verbesserte Umweltsituation und einem eklatanten Nachwuchsmangel erklären lassen, scheint in den alten Bundesländern eine Spaltung der Umweltschutzbewegung aufgrund des Wandels der Akteursstrukturen und hieraus resultierender unterschiedlicher Aktionsformen einzutreten. Durch diesen Wandel ist auch ein Rückzug der Umweltschutzbewegung aus der Öffentlichkeit zu erwarten, der die vermehrte Bearbeitung von Umweltproblemen nach dem Nimby („Not in my backyard“)-Prinzip erwarten lässt.

Neue Umweltprobleme wie der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen lassen Protest wieder aufleben. Bei der Analyse solcher Protestereignisse kristallisiert sich ebenfalls eine Ausdifferenzierung der Umweltbewegten heraus.

AG 2: Wirtschaften für gute Zwecke

Dr. Martina Wegner (Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung)

Kleine und mittelständische Unternehmen und ihre Einbettung in Zivilgesellschaft und lokales Umfeld

Das hier vorgeschlagene Referat zu kleinen und mittelständischen Unternehmen und ihre Einbettung in ihren Standort und „ihre“ Zivilgesellschaft fußt auf mehreren Studien bzw. Forschungsansätzen, die zum Teil gerade laufen bzw. abgeschlossen werden.

1. Im Juni 2006 erscheint eine repräsentative Studie zum Thema Corporate Citizenship in Baden-Württemberg, die von der dortigen Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste des Ministeriums für Arbeit und Soziales in Auftrag gegeben und vom Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung in Freiburg durchgeführt wurde.

Repräsentativ bedeutet mit Blick auf die Unternehmensstruktur in Baden-Württemberg, dass z.B. 81% der befragten Unternehmen weniger als 20 Mitarbeiter beschäftigen und knapp die Hälfte (48%) in Gemeinden mit bis zu 15.000 Einwohnern angesiedelt sind.

Auf Grundlage dieser Zahlen lassen sich Aussagen zu Motivation des Engagements machen, aber auch zur Art des Engagements und seiner Intensität. Ergänzt wurden die rein engagementbezogenen Daten durch Analysen der Eigenwahrnehmung der Unternehmer in ihrer zivilgesellschaftlichen Rolle und der Wahrnehmung von Handlungsfeldern an ihrem Unternehmensstandort.

2. Um diese quantitativen Aussagen qualitativ zu untermauern, werden gezielt persönliche Interviews bei den Unternehmern und Unternehmerinnen durchgeführt, die ein außergewöhnlich hohes oder ein besonders ausgestaltetes Engagement aufweisen. Dadurch entstehen Unternehmerprofile, die insbesondere auf die Handlungs- und Wirkweisen im Zusammenspiel mit dem Standort verweisen.
3. Um die Perspektive der Zivilgesellschaft stärker in den Blick zu nehmen, wird als Teil der Förderung von Corporate Citizenship in der Modellregion Südbaden eine Bestandsaufnahme bei einer zivilgesellschaftlich stark entfalteten Kleinstadt vorgenommen, indem die einzelnen Akteursgruppen und ihr Bezug zum Standort mit besonderem Einbezug der Unternehmen beleuchtet werden.

Auf der Grundlage dieser drei Untersuchungen stehen für den Kongress im Oktober neueste Erkenntnisse zur Verortung von Kleinunternehmen in der

Zivilgesellschaft und die Rückwirkung ihres Beitrags auf sie selbst zur Verfügung

Judith Polterauer (Forschungsstipendiatin/ Doktorandin Otto-Friedrich Universität Bamberg, Aktiven Bürgerschaft e. V.)

Bürgerschaftliches Engagement von mittelständischen Unternehmen in Deutschland – erwünschte und beobachtbare gesellschaftliche Wirkungen

Als Beispiele von Corporate Citizenship (CC) und Corporate Social Responsibility (CSR) lassen sich solche Fälle aufzeigen, die man als „gesellschaftlich erwünscht“ bezeichnen kann, weil sie helfen ein gesellschaftliches Problem zu lösen. Gleichzeitig gibt es ebenso Beispiele, bei denen Sponsoring und Spenden mit diesem neuen Label versehen wird oder CC/CSR zur Verschleierung und unternehmenspolitischem Lobbying verwendet wird.

Im Rahmen einer Dissertation wurden zwei vergleichende Case Studies durchgeführt, deren Corporate Citizenship als gute Beispiele verstanden werden. Im Zentrum der Analyse steht die Entwicklung sozialer Strukturen durch das Corporate Citizenship. Als erste Ergebnisse wird folgende These über die gesellschaftliche Wirkung von bürgerschaftlichem Engagement von mittelständischen Unternehmen diskutiert:

Im Rahmen des Engagements entstehen *Corporate Citizenship Organisationen*.

1. Die Funktion dieser Organisationen ist die Bearbeitung verschiedener Handlungsrationitäten ist und die Legitimation des unternehmerischen gesellschaftlichen Engagements.
2. Auf der interpersonalen Ebene können typische Personenkonstellationen sowie Charakterisierungen der Schlüsselpersonen nachgezeichnet werden.
3. Das Unternehmen wird durch sein bürgerschaftliches Engagement in weiteren unternehmerischen Entscheidungen insofern beeinflusst, als es dabei auf die gesellschaftlichen Erwartungen und Anforderungen von verschiedenen Anspruchsgruppen mit wertebasierten Aussagen argumentativ (re-)agieren muss.
4. Die CC Organisationen werden als gemeinnützige Organisationen gegründet und können deswegen auf ihre Auswirkungen auf andere NPOs/den Dritten Sektor untersucht werden.

Prof. Dr. Gerd Mutz (Fachhochschule München)

CSR und CC und die Rolle der Arbeitnehmervertretung

Deutsche Gewerkschaften und Betriebsräte haben sich bislang wenig mit Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship auseinandergesetzt und sich kaum an der europäischen oder internationalen Diskussion beteiligt. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass CSR und CC angelsächsischen Ursprungs sind und somit die Beteiligung von Gewerkschaften und Betriebsräten konzeptionell wesensfremd ist.

Somit trifft diese neue Programmatik der gesellschaftlichen Verantwortung und des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen hier in Deutschland auf eine typisch europäische Kultur der Sozialpartnerschaft, Interessensvertretung und Mitbestimmung. In einem empirischen Forschungsprojekt haben wir diesen Zusammenhang untersucht.

Unsere Ergebnisse zeigen: Trotz der besonderen Situation in Deutschland haben sich keine neuen Regulierungsformen institutionalisiert. Während Gewerkschaftsvertreter dies wünschen, werden jegliche Regulierungen von Unternehmen strikt abgelehnt; Betriebsräte, die in den Unternehmen direkt mit der CSR-/CC-Praxis konfrontiert sind, haben hingegen differenzierte Beteiligungsformen sowie typische Interaktionsmuster entwickelt. In diesem für sie neuen Aktionsfeld ordnen sie CSR/CC überwiegend mitbestimmungspolitisch ein und orientieren sich an der jeweils im Unternehmen gewachsenen Beteiligungskultur. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, ob CSR/CC ganzheitlich, glaubwürdig und konsistent in das gesamte Unternehmensbild eingepasst ist. Ist dies der Fall, dann kann es durch die Mitwirkung der Betriebsräte zu Pushing-Effekten kommen und die Qualität von CSR-/CC-Prozessen kann deutlich gesteigert werden. Mit dem zivilgesellschaftlichen Gehalt von CSR/CC oder gar zivilgesellschaftlichen Organisationen setzen sich die Betriebsräte jedoch nur zögerlich auseinander.

AG 3: Governance im Wandel: Weniger Staat, mehr Zivilgesellschaft? Soziale Fragen

**Dr. Susann Burchardt (Deutsches Jugendinstitut e.V.) und
Dr. Heike Förster (Deutsches Jugendinstitut e.V.)**

Zivilgesellschaftliche Aktivierung durch Bundesprogramme? Das Bundesprogramm „Entwicklung und Chancen benachteiligter Jugendlicher in sozialen Brennpunkten“ im Kontext neuer kommunalpolitischer Strategien

Das Bundesprogramm Entwicklung und Chancen (E&C) benachteiligter Jugendlicher in sozialen Brennpunkten verfolgt das Ziel, die in den

Kommunen vorhandenen Ressourcen zur Förderung der Kinder- und Jugendhilfe zu mobilisieren, zu vernetzen und nachhaltig, im Sinne längerfristig wirksamer Angebots- und Hilfestrukturen, zu gestalten. E&C stellt dabei eine Programmplattform dar, die verschiedene Programmbausteine beinhaltet. *¹

Anlage und Struktur des Programms, welches neben der Vernetzung und Aktivierung lokaler Ressourcen auch gesellschaftliche Teilhabe als wesentliches Element kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse in den Mittelpunkt stellt, weisen deutlich darauf hin, dass veränderte Erwartungen an die Erfüllung kommunaler Aufgaben gestellt werden.

Das Programm reagiert auf aktuelle Erfordernisse der Kinder- und Jugendpolitik und widerspiegelt in gewisser Weise ein neues Staats- und Politikverständnis, welches in der akademischen Debatte oftmals als Prozess „From Government to Governance“ umschrieben wird.

In den bisherigen Untersuchungen zeigte sich, dass die Kommunen, an denen E&C-Projekte laufen, sehr unterschiedliche Strategien der Programmumsetzung anwenden und dies offenbar davon abhängt, welcher grundsätzliche kommunalpolitische Steuerungsmodus anzutreffen ist.

Im Mittelpunkt unserer Analysen stehen die Akteure der kommunalen Policies im Bereich der Jugendpolitik in sozialen Brennpunkten. Wie sind diese in kommunalpolitische Steuerungsprozesse eingebunden und welchen Stellenwert hat die Arbeit dieser Gruppen innerhalb dieser Prozesse? Wie verlaufen Kooperations- und Verhandlungsprozesse unter Einbeziehung der verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Akteure?

Die Nutzung von Governance-Kategorien zur Beschreibung unserer zentralen unabhängigen Variable - dem jeweiligen kommunalen Steuerungsmodus, greift auf die aktuelle, disziplinär übergreifende Diskussion um adäquate Lösungsansätze angesichts wachsender gesellschaftlicher Komplexität von Problemlagen und einer damit einhergehenden Zunahme an relevanten gesellschaftlichen und politischen Akteuren in Entscheidungsprozessen zurück und bestimmt „Governance“ durch die Art und Weise unserer Anwendung implizit als spezielle Steuerungsform bzw. in unseren Worten als spezifischen kommunalpolitischen Steuerungsmodus.

Wir gehen der Frage nach, welcher Zusammenhang zwischen der Anwendung von Governancestrategien und der E&C-Programmumsetzung besteht. Wir verwenden somit *Governance* konzeptionell in zweifacher Hinsicht:

1. Als Analyseinstrument: Die Verwendung der Governanceperspektive erlaubt einen erweiterten Blick auf Strukturen, Akteurskonstellationen, Prozesse und Verfahren, weil die Fixiertheit auf staatliche bzw. kommunale Steuerungsakteure aufgehoben wird.

2. Zum anderen bestimmen wir einen spezifischen Steuerungsmodus als Governance wenn er bestimmte Merkmale aufweist die auf der Ebene veränderter Strukturen und Verfahren der kommunalpolitischen Politik und Verwaltung sowie auf der Ebene der Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in Entscheidungsprozesse zu verorten sind.

Mit der Vorstellung und Diskussion unserer Forschungsergebnisse können wir somit einen wesentlichen Beitrag zur Theoriedebatte „Governance“ liefern und diesen gleichzeitig empirisch untermauern*² und somit Hinweise auf die interessante Frage liefern:

Handelt es sich lediglich um eine akademische Debatte, wie man politische und gesellschaftliche Entwicklungen untersuchen soll oder widerspiegelt die Governancedebatte tatsächliche Änderungen in Strukturen und Verfahren innerhalb politischer Steuerungsprozesse, gibt es beispielsweise im Rahmen veränderter kommunalpolitischer Steuerungs- und Entscheidungsprozesse tatsächlich eine Aktivierung zivilgesellschaftlicher Ressourcen bei der Produktion wohlfahrtsstaatlicher Leistungen.

*¹ Zum Beispiel: ESF-Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS); Bundesprogramm Freiwilliges Soziales Trainingsjahr (FSTJ). Vgl. die Homepage der E&C-Regiestelle zu weiteren Programmbausteinen.

*² Die empirische Grundlage bildet eine standardisierte Befragung in allen 286 an E&C beteiligten Kommunen. Befragt wurden programmkoordinierende Personen, kommunale Schlüsselpersonen sowie freie Träger der Jugendhilfe.

Oliver Fehren (Institut für stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung der Universität Duisburg-Essen, (ISSAB))

Agenten der Zivilgesellschaft: Intermediäre Instanzen im Quartiermanagement

Die Steuerungsschwierigkeiten staatlicher Instanzen, die aufgrund einer fragmentierten und sich zunehmend ausdifferenzierenden Gesellschaft immer deutlicher sichtbar werden, lassen sich nicht durch die blanke Beschwörung der Zivilgesellschaft und den Ruf nach dem schlanken Staat lösen. Vielmehr gilt es, neben den klassischen Steuerungsinstrumenten Wettbewerb und Hierarchie neue Formen kooperativer Steuerung zu erproben, die auch auf Seiten der Bürger/innen Kompetenzen und Ressourcen verlangen, über die sie in sehr unterschiedlichem Maße verfügen.

Im Rahmen von Stadtteilentwicklungsprozessen haben wir in Essen ein Drei-Ebenen-Modell des Quartiermanagement entwickelt, das diesen Entwicklungen Rechnung trägt.

Der Clou dieses Modells besteht in der Einrichtung vergleichsweise unabhängiger „intermediärer Instanzen“. Diese fungieren zwischen einerseits der Ebene der das Gesamtprojekt koordinierenden Verwaltung

und andererseits der Quartierebene, auf der Gemeinwesenarbeiter/innen die Bewohner/innen und lokalen Akteure aktivieren und bei der Organisation ihrer Interessen begleiten.

Die intermediäre Funktion besteht in der Vermittlung zwischen Lebenswelt und System, zwischen der Sphäre der Privathaushalte und dem Bereich von Ökonomie und Staat. Um die Kluft zwischen Politik und Bürger/innen nicht weiter anwachsen zu lassen, ist es die dauerhafte Aufgabe der Intermediären, immer wieder für Anlässe und Foren für den Dialog zu sorgen.

Die Vermittlung erfolgt dabei in beide Richtungen: Zum einen werden die Handlungsrationalitäten des lokalen Staats für die Bürger/innen im Stadtteil transparent gemacht und „übersetzt“. Zum anderen werden die Konsequenzen politischer (Fehl-) Entscheidungen, wie sie am deutlichsten in den Lebenswelten der Bewohner/innen sichtbar werden, stärker an den lokalen Staat rückgebunden, um dessen Entscheidungen zu beeinflussen (ohne diesen aus seiner politischen Verantwortung zu entlassen). Gerade für das zivilgesellschaftliche Engagement benachteiligter Bevölkerungsgruppen ist dabei die realpolitische Funktion der Intermediären bedeutsam: Diese sichern in der Offensive gewonnenes Terrain engagierter Bürgergruppen ab und verhindern ein Rollback.

Die Aufgabe der Intermediären Instanzen ist anspruchsvoll. Neben der tiefen Kenntnis der Lebenswelt der Stadtteilbewohner/innen müssen sie sich in der komplexen und bürokratisch geregelten Welt der Institutionen und der an Macht orientierten Entscheidungsebene der Politik ebenso auskennen wie im gewinnorientierten Wirtschaftssektor.

Die Intermediären befinden sich dabei in einem permanenten Spannungsverhältnis: Sie sind sowohl Sand im Getriebe als auch gut geöltes Kugellager für die Verwaltungs- und Regierungsmaschinerie des lokalen Staates.

Prof. Dr. Hans Hoch (Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) und Universität Konstanz)

Zivilgesellschaft in Pflegeheimen! Anzeichen für ein neues Bündnis der Generationen am Beispiel bürgerschaftlichen Engagements in stationären Einrichtungen

Im Arbeitsschwerpunkt Gerontologie und Pflege an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg wird der Untersuchung des bürgerschaftlichen Engagements in Pflegeeinrichtungen im Kontext eines neuen Wohlfahrtspluralismus besondere Bedeutung beigemessen. Die Herausforderungen der sozialen Gerontologie bestehen wesentlich darin, Ausgrenzung zu vermeiden und ältere Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. Von großer Bedeutung für die Lebensbewältigung ist in diesem

Zusammenhang, die Funktion sozialer Netzwerke und des bürgerschaftlichen Engagements für Ältere als Element eines neuen Welfare Mix.

Datengrundlage für die Analyse ist eine schriftliche Befragung von 1183 freiwillig Engagierten in Pflegeheimen zu Art, Umfang und Motiven des Engagements, sowie eine schriftliche Befragung der Leitungen von 263 Pflegeeinrichtungen nach Formen und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in ihren Einrichtungen. Beide Untersuchungen wurden im Jahre 2003 in Baden-Württemberg durchgeführt.

Die Analysen zeigen, dass bürgerschaftliches Engagement nicht in dem Sinne als „Lückenbüßer“ wirkt, als es Aufgaben wahrnimmt, die hauptamtlichen Kräften vorbehalten bleiben. Sehr wohl jedoch füllt es eine „Lücke“, wenn nicht gar einen bisher größeren, unbewohnten Raum dadurch, dass bürgerschaftliches Engagement im Bereich von Zuwendung wirksam wird, die im Resultat zur Lebensqualität von Menschen in Pflegeheimen beiträgt. Lebensqualität ist Ergebnis gelingender Co-Produktionen unterschiedlicher Berufsgruppen untereinander, sowie zwischen diesen, Angehörigen und bürgerschaftlichen Engagierten. Damit einher geht eine Besinnung auf Ressourcen desjenigen örtlichen und sozialen Nahraums, in welchem sich die Einrichtung befindet.

Die kommunalen (staatlichen) Aufgaben und die des Marktes und des Dritten Sektors, ebenso wie bürgerschaftliches Engagement (voluntary sector) sind dabei hinsichtlich ihrer sich ergänzenden gesellschaftlichen Funktionen (neu) zu definieren, wobei plausibel erscheint, dass der „engagierte Bürger“ „durch Selbstorganisation, Partizipation und gemeinwohlorientiertes Handeln“ zur Lösung der Probleme beitragen, sie jedoch allein nicht lösen kann. Bürgerschaftliches Engagement kann in dieser Neubalancierung des Wohlfahrtsmix jedoch einen herausgehobenen Stellenwert haben und dient dazu, die soziale Infrastruktur im Rahmen eines lokalen Welfare Mix wohnortnah weiterzuentwickeln. Solche Entwicklungen sind durch Unterstützung, Anerkennung und Qualifizierung freiwilligen Engagements zu fördern.

Die Einrichtungen selbst begrüßen nachdrücklich dieses plurale freiwillige Engagement. Dabei scheint es sich eher kreativ-explorativ zu entfalten, ohne dass seitens der Einrichtungen ein Konzept oder eine Gesamtstrategie der Förderung des freiwilligen Engagements im Kontext von Welfare Mix entwickelt ist. Wichtig ist auch der Aspekt, dass die Einrichtungen durch den Einbezug von Zivilgesellschaft zu offenen Einrichtungen werden. Sie öffnen sich zum Leben der Gesellschaft hin und verlieren dadurch den Charakter von geschlossenen Institutionen.

AG 4: „Männliche“ Bürgergesellschaft?
Erwerbsarbeit und Gesellschaft aus der
Genderperspektive

**Dr. Felizitas Pokora (Projektleiterin beim EU-Projekt „Patchwork“ und
netz NRW Verbund für Ökologie und soziales Wirtschaften)**

Patchwork. Annäherungen an einen erweiterten Arbeitsbegriff

Die Überlegungen zur Bürgergesellschaft entwickelte Beck angesichts der gesellschaftlichen Krise mit dem Phänomen der Massenarbeitslosigkeit, die auch einen ungelösten Geschlechterkonflikt birgt. Die Idee der Vollbeschäftigung, die vermeintlich in den 50er/60er Jahren des letzten Jahrhunderts realisiert war, basiert auf dem „1½ Personen Prinzip“; nämlich, dass es pro angestellter Person jemanden gibt, die denjenigen von Reproduktionsarbeit entlastet. Auch die derzeitigen Maßnahmen im Dritten Sektor gehen vom Antagonismus „Erwerbsarbeit – Freizeit“ aus; als Grundlage der Existenzsicherung Verortung und individueller Identität. Sie stellen die Grundlagen der Verteilung von Arbeit und auch den Arbeitsbegriff nicht in Frage. Dies stellt sich in dem originären Konzept zur Bürgergesellschaft anders da.

Das Konzept der Bürgergesellschaft geht davon aus, dass dauerhaft nicht genügend Existenz sichernde, sozialversicherungspflichtige Erwerbsarbeitsplätze zur Verfügung stehen. Daher müsse ein Umdenken stattfinden im Hinblick auf Anerkennung von Tätigkeiten als „Arbeit“ jenseits des Erwerbsarbeitsverhältnisses; diese werden in einem noch festzulegenden Umfang staatlich „entlohnt“ bzw. sozial versichert. Eine offene Frage bleibt, wer was als „Arbeit“ anerkennt.

Im Zentrum meines Beitrages steht daher die Frage nach der Definition von Arbeit. Die Bereiche der Sorge- und Pflegearbeit, des Ehrenamtes, des bürgerschaftlichen Engagements etc. werden von Beck zwar mit der Forderung nach Anerkennung auch im materiellen Sinn einbezogen. Für die genauere Klärung was als Tätigkeit mit materieller Anerkennung und deren Volumen eingestuft, d.h. was als „Arbeit“ gilt und in welcher Höhe sie entlohnt wird, bedarf es allerdings noch einiger Vorarbeit.

Zunächst sollte m. E. eine Erweiterung des Arbeitsbegriff angestrebt werden. Dazu werden sowohl die aktuellen Ergebnisse aus der Arbeits- und Industriesoziologie als auch der Genderforschung in den Blick genommen. Industrie- und arbeitssoziologische Theorien gehen von Arbeit im Sinne des Vollzeitangestellten Industriearbeiters oder Verwaltungsangestellten aus. Im Umkehrschluss bedeutet diese Perspektive: Was nicht entlohnt wird, gilt auch nicht als Arbeit. Entsprechend ausgeblendet bleiben die Arbeiten, die meist Frauen unbezahlt im Reproduktionsbereich leisten.

Haus- und Sorgearbeit, ebenso ehrenamtliche Arbeit im sozialen und kulturellen Bereich sollte allerdings in einer „Bürgergesellschaft“ nicht mehr als Antagonismus zur Erwerbsarbeit stehen. Ein zukünftiger Arbeitsbegriff sollte die gesellschaftlich notwendige Gesamtarbeit betrachten: Erwerbsarbeit, Hausarbeit, Sorge, Verantwortung und Hilfe für Kinder und alte Leute und Arbeiten in den Bereichen Soziales, Kunst, Kultur, Politik und Gemeinwesen sollten berücksichtigt werden. Zur Diskussion steht, ob in diesem Rahmen die Forderung nach der Verteilung aller Arbeit auf beide Geschlechter explizit gemacht werden sollte.

Mit einem erweiterten Arbeitsbegriff, der auch bisher nicht enthaltene Arbeitsbereiche berücksichtigt, kann die gesetzliche Vorlage und die Praxis im dritten Sektor in einer anderen Perspektive beleuchtet werden.

Dr. Lydia Schambach-Hardtke (Politologin)

Organisationaler Umbruch als Integrationschance für Frauen" – Der Vereinigungsprozess zu ver.di aus der Gender-Perspektive

Verschiedene empirische Arbeiten belegen, dass Umbruchsituationen von Organisationen bzw. Reorganisationsprozesse Möglichkeiten eröffnen, existierende hierarchische Strukturen und organisationale Kulturen zu verändern. Die Handlungs- und Gestaltungsspielräume ähneln in der Zeit des Veränderungsprozesses einem ungeordneten Terrain, auf dem die AkteurInnen versuchen, unter Berücksichtigung organisationaler Interessen, auch die Machtbeziehungen neu zu klären. Da in der feministischen Organisationsforschung der Zusammenhang von Organisationen und Geschlecht und die Verknüpfung gesellschaftlicher Strukturen thematisiert werden, ergeben sich daraus die Fragen, inwieweit die Handlungen der AkteurInnen während eines Umstrukturierungsprozesses als geschlechtsspezifisch zu benennen sind und ob sich bestehende Geschlechterasymmetrien relativieren lassen.

Exemplarisch soll in diesem Vortrag darauf eingegangen werden, ob durch den Zusammenschluss von fünf Einzelgewerkschaften zur Dienstleistungsgewerkschaft ver.di geschlechtshierarchische Verhältnisse abgebaut wurden und sich die Chance zur Gleichstellung realisieren ließ. Hinsichtlich der Zugehörigkeit von Gewerkschaften zur Zivilgesellschaft *¹ sind zwar die Meinungen der Autoren widersprüchlich, sie repräsentieren jedoch aus politikwissenschaftlicher Sicht eine freiwillige Interessenvereinigung, die als unabhängige intermediäre Institution zwischen Staat und Markt wirkt und als nicht gewinnorientiert tätig ist. Entsprechend der Auffassung des John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Projekts erfüllt sie die Merkmale des Dritten Sektors und gilt somit als ein Teilaspekt der Zivilgesellschaft.

Mit diesem Beitrag sollen die Bedingungen skizziert werden, unter denen die AkteurInnen während des Wandlungsprozesses agierten bzw. reagierten, welches „typisch“ männlich/weibliche Rollenverhalten ihr Handeln prägte und welche Maßnahmen geschaffen wurden, um die geschlechtshierarchischen Strukturen abzubauen. Es gilt, die Grenzen und Varianten von Veränderungen im Wandlungsprozess aufzuzeigen und die Faktoren zu benennen, die Umstrukturierungsprozesse beeinträchtigen.

*¹ Jeannette Schade (Heft 59/2002:36) verweist in ihrem Artikel, dass im deutschsprachigem Raum Bürger- und Zivilgesellschaften synonym gebraucht werden, während einige Autoren ausschließlich den englischen Begriff „civil society“ verwenden.

M. A. Annette von Alemann (Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie)

Gibt es eine weibliche Corporate Citizenship? Gesellschaftliche Leitbilder und soziale Verantwortung von Männern und Frauen in Spitzenpositionen der Wirtschaft

Unternehmen begreifen sich als „Corporate Citizens“ und damit als Teil der Bürgergesellschaft, in die sie sich als eigenständige Akteure einbringen. Auch von der sozialwissenschaftlichen Forschung werden sie mehr und mehr als solche wahrgenommen. Führungskräfte von Wirtschaftsverbänden und Großunternehmen nehmen in öffentlichen Debatten eine prominente Stellung ein und treffen Entscheidungen von gesamtgesellschaftlicher Tragweite, z.B. bei Standortverlagerungen. Im lokalen Umfeld agieren sie nicht nur als Arbeitgeber und Steuerzahler, sondern durch die Förderung von sportlichen, kulturellen und sozialen Aktivitäten auch als Partner von Städten, Gemeinden und Organisationen des Dritten Sektors. Großunternehmen in Branchen wie Chemie oder Bergbau und zahlreiche mittelständische Unternehmen pflegen eine Tradition des gesellschaftlichen Engagements.

Das Management dieser Unternehmen ist zu 90-95% männlich dominiert, doch dringen immer mehr Frauen in Positionen des mittleren Managements und inzwischen auch in Vorstandspositionen ein oder stehen als Eigentümerinnen an der Spitze. Im Zentrum des Vortrags steht die Frage nach Geschlechtsunterschieden bei der Übernahme sozialer Verantwortung bei Führungskräften der Wirtschaft. Empirische Grundlage sind Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „Wirtschaftseliten zwischen Konkurrenzdruck und gesellschaftlicher Verantwortung“ (Universität Bielefeld/WZB), in dem Spitzenführungskräfte deutscher Großunternehmen und zentraler Wirtschaftsverbände in teilstrukturierten Interviews zu ihren politischen und gesellschaftlichen Leitbildern und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung befragt wurden. In einem Kurzfragebogen wurden darüber hinaus soziodemographische Merkmale, Angaben zum Berufsweg, Elternhaus und zum gesellschaftlichen Engagement abgefragt.

Folgende Themen werden angesprochen:

1. Lassen sich Geschlechtsunterschiede bei der Formulierung der gesellschaftlichen Leitbilder und Ordnungsvorstellungen von Wirtschaftseliten identifizieren?
2. Zeigen sich Geschlechtsunterschiede in der Einschätzung aktueller politischer und gesellschaftlicher Probleme (Arbeitslosigkeit, Zuwanderung, Globalisierung, soziale Sicherheit, soziale Ungleichheit, Image von Wirtschaftseliten in der Öffentlichkeit), in der Sichtweise der eigenen gesellschaftlichen Verantwortung und Rolle und der Rolle anderer gesellschaftlicher Institutionen?
3. Werden Geschlechtsunterschiede in der konkreten Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung durch die Wirtschaftseliten (d.h. ihren Handlungen) sichtbar?

Die Ergebnisse zeigen in der Tendenz, dass sich unterschiedliche Sozialisationserfahrungen und Lebensbedingungen der männlichen und weiblichen Führungskräfte in ihren Leitbildern, ihrer Wahrnehmung gesellschaftlicher Problemlagen und der eigenen Verantwortung und Rolle ausdrücken. Die Gleichartigkeit der Aufgaben im Topmanagement führt jedoch zu einer Angleichung von Geschlechtsunterschieden in Einstellungen und Verhalten. Geschlechtsunterschiede werden in solchen Bereichen vorgefunden, wo die Einstellungen und Verhaltensweisen direkt aus „männlich“ bzw. „weiblich“ geprägten Lebenszusammenhängen entstehen. Bei Themen, die enger mit der Führungsposition und/oder dem Unternehmen in der Gesellschaft zu tun haben, lassen sich weniger Unterschiede finden.

Es kann weiterhin gezeigt werden, dass Geschlecht ein Faktor ist, der in Interaktion mit anderen Faktoren steht, die die Variabilität der Einschätzungen und Leitbilder von Führungskräften in der Wirtschaft bedingen, z.B. der Unternehmenskontext (Größe, Branche, Eigentumsverhältnisse) und der persönliche Kontext (Alter, soziale Herkunft, Berufsposition etc.).

Die Untersuchung betritt im Hinblick auf die Forschungen zur Bürgergesellschaft wissenschaftliches Neuland. Die Geschlechterthematik wurde in den Arbeiten zu Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship bislang ausgeblendet. Forschungen zum bürgerschaftlichen Engagement von Privatpersonen berücksichtigen zwar Geschlechtsunterschiede, jedoch liegt der Fokus auf den Handlungsfeldern und Rahmenbedingungen der Partizipation von Frauen, ihrem Selbstverständnis und ihrer Nutzung von Ressourcen. Geschlechtsunterschiede im gesellschaftlichen Engagement von Führungskräften spielen hier keine zentrale Rolle.

Thesen zu den Plenarvorträgen *Forum 2*

Engagement im Abseits? Befunde aus verschiedenen Politikfeldern.

Moderation: Prof. Dr. Adalbert Evers

Stadterneuerung und Stadtpolitik:

Prof. Dr. Hartmut Häussermann (Institut für Sozialwissenschaften. – Stadt- und Regionalsoziologie an der HU Berlin)

1. Formen, Anlässe und Ausmaß von Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in der Stadtpolitik haben sich in den letzten drei Jahrzehnten signifikant verändert. Von der Forderung nach Information und Mitwirkung über das Verlangen nach Mitentscheidung wandelte sich Bürgerengagement zunächst vor allem zu „NEIN-Sager“-Initiativen (NIMBY), d.h. zur Verteidigung von Lebenswelt und städtischen Situationen gegen die von Wachstumskoalitionen angestoßenen Eingriffe und Bedrohungen. Mit der Entdeckung sozialräumlicher Marginalisierung in den Städten eröffnete sich mit der Furcht vor Verslumung ein neues Feld der Quartierspolitik, das sich nicht mehr primär mit der Sprache der Abrissbirnen und der Betonmischer regulieren ließ, sondern neue Formen von städtischer Steuerung, Koproduktion, Empowerment und bürgerschaftlichem Engagement geradezu brauchte. Begann das bürgerschaftliche Engagement mit Kritik an der Verwaltung und mit der Herausforderung bürokratischer Machtstrukturen, so ist es inzwischen die Verwaltung selbst, die Angebote für Engagement macht und mangelnde Interesse der Bewohner oft beklagt. Kann man dies als einen Wandel von der Partizipation zur Koproduktion umschreiben?
2. Ein zentrales Problem in den Quartieren bleibt die soziale Selektivität des Engagements. Diejenigen, die mitmachen und ihre Ressourcen einbringen, werden oft als die „üblichen Verdächtigen“ bezeichnet und damit ein bisschen herabgewürdigt – aber Partizipation und bürgerschaftliches Engagement, die Zeit verbrauchen und Kompetenzen voraussetzen, können nicht von denen erwartet werden, die nur über geringes materielles, soziales und kulturelles Kapital verfügen. Ist das ein Problem für das Selbstverständnis der Zivilgesellschaft?

Schulpolitik:***Sybille Volkholz (Bürgernetzwerk Bildung im VBKI)
Öffnung und lokale Einbindung von Schulen***

Die herkömmliche Interpretation des Art. 7 GG hat dem Staat neben der Aufsicht über die Schulen auch deren Gestaltung zugeschrieben. Dies hat nicht nur zu ausufernden Verwaltungen und Regelungen durch den Staat, sondern auch geradezu zu Entfremdungsprozessen gegenüber den jeweils eigenen Bildungsprozessen geführt. Dass bei uns viele Bildungsprozesse nicht gelingen, liegt auch daran, dass dieser Aspekt vernachlässigt wurde. Die Wiederaneignung der Prozesse durch die Individuen und die Akteure in den Bildungseinrichtungen ist ein vorrangiges Ziel von Bildungsreformen.

Das heißt, Schulen und andere Bildungseinrichtungen müssen für ihre Arbeit die Verantwortung übernehmen, sich an den Lernenden orientieren und ebenso müssen Lernende auch Verantwortung für ihre Bildungsbiografie übernehmen.

Für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ist neben den Eltern und den schulischen Akteuren auch das gesellschaftliche Umfeld verantwortlich. Deshalb gehört es zur Aufgabe von Schulen, Netzwerke zu organisieren, die andere Akteure einbeziehen, sei es kulturelle und soziale Einrichtungen, Betriebe und Freiwillige, die Kinder in ihren Lernprozessen unterstützen.

Die Politik muss hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen und Unterstützungssysteme schaffen sowie die Information und Beratung liefern.

Lokale kulturelle Einrichtungen und Kulturpolitik:***Bernd Wagner (Leiter des Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitische Gesellschaft e.V.)***

1. Im Kulturbereich, d.h. den öffentlich getragenen und freigeinnützigen Kunst- und Kultureinrichtungen bzw. -angeboten sowie den breitenkulturellen Aktivitäten sind über 2 Mio. Menschen bürgerschaftlich aktiv. Er liegt damit an 4. Stelle der Engagementbereiche nach Sport, Bildung und Freizeit und vor Sozialem. Ohne dieses Engagement wäre die Kulturlandschaft erheblich kleiner und blieben viele kulturellen Interessen unbefriedigt. Von besonderer Bedeutung ist dabei die ehrenamtliche Arbeit auf dem Land.
2. Bürgerschaftliches Engagement in der Kultur hat eine lange Tradition. Viele der heute öffentlich getragenen Kultureinrichtungen waren bürgerschaftliche Gründungen und in zahlreichen Formen findet diese Tradition heute noch eine Fortsetzung. Hinzu kam eine Revitalisierung bürgerschaftlicher Aktivitäten und die Entwicklung

einer auf Eigeninitiative aufbauenden soziokulturellen Kulturbewegung der 70er und 80er Jahre.

3. Der 3. Schub verstärkten bürgerschaftlichen Engagements im Kulturbereich ab Mitte der 90er Jahre steht im Spannungsverhältnis der gegenwärtigen Neujustierung des Verhältnisses von öffentlicher Kulturpolitik, gesellschaftlicher Selbstverantwortung und marktwirtschaftlichen Mechanismen im Kulturbereich.
4. In diesem Kontext entstand eine teilweise – besonders in einigen Kulturverbänden –kontrovers geführte Debatte über Gefahren (Ersatz staatlicher Leistungen, Rationalisierungen etc.) und Chancen (Partizipation, Bürgernähe etc.) vermehrter ehrenamtlichen Arbeit und vor allem der zunehmenden Forderungen aus dem politischen Raum zur stärkeren Aktivierung der „Ressource Freiwilligenarbeit“
5. Die Bedeutung der gegenwärtigen Diskussionen über Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement geht über die oft im Vordergrund stehenden Probleme ihrer Funktionalisierung für „Haushaltskonsolidierungen“ hinaus und betrifft Grundfragen von „Verantwortungspartnerschaft“, „aktivierendem Staat“, „Finanzierungs- und Trägermix“ und PPP im Kultursektor.
6. Ehrenamtliches Engagement in der Kultur ergänzt dabei staatliche Leistungen durch gesellschaftliche Aktivität und erhöht die Identifikation der BürgerInnen mit den Kultureinrichtungen. Es trägt dazu bei, die Angebote bürgernäher zu organisieren und gibt vielen Menschen die Möglichkeit, sich am kulturellen Leben aktiv zu beteiligen. In der Praxis zeigt sich aber, dass es sich auf einem schmalen Grad bewegt zwischen
 - der Funktion als Lückenfüller und Ausdruck neuer Kulturverantwortung,
 - politischer Instrumentalisierung und gesellschaftspolitischen Visionen,
 - der Abwälzung lästiger Aufgaben und demokratischer Partizipation.

Thesen zu den Plenarvorträgen *Forum 3*

Baustelle Organisationsentwicklung:
Berichte aus den Verbänden

Moderation: PD Dr. Ingo Bode

Dr. Sabine Groner-Weber (Ver.di Hauptvorstand)

Mit dem Thema bürgerschaftliches Engagement verbinden sich für ver.di spannende Fragen und Herausforderungen; es hat für ver.di mehrere Dimensionen:

Erste Dimension, auf der heute der Schwerpunkt liegen soll: Organisationsentwicklung: Welche Organisationsstrukturen braucht eine Organisation, die die wirtschaftlichen und sozialen Interessen von 2,3 Mio. Mitgliedern aus nahezu allen DL-Sektoren vertreten will? Zu dieser Dimension gehören Fragen wie etwa: Wie kann die Arbeit der haupt- und ehrenamtlichen Funktionäre optimal verzahnt werden? Wie müssen Unterstützungsstrukturen ausgestaltet sein, was muss die Organisation bereitstellen, damit sie einerseits das Engagement von Betriebs- und Personalräten, von Vertrauensleuten, von Jugend- und Auszubildendenvertretern, von Selbstverwaltern bei den Sozialversicherungen u. A. angemessen unterstützen kann und gleichzeitig Strukturen hat, die in fachlichen, politischen, tarifpolitischen und organisationsinternen Fragen eine demokratische Willensbildung, tarifpolitische Durchsetzungsfähigkeit und politische Einflussnahme ermöglichen?

Zweite Dimension: Verzahnung von professionellem und bürgerschaftlichem Engagement: Ver.di vertritt Arbeitnehmer, die professionell in Sektoren arbeiten, in denen oft gleichzeitig ehrenamtlich Engagierte arbeiten. Wie beides bei Wahrung der jeweiligen Interessen und Motivationen mit möglichst optimaler Wirkung und minimalen Konflikten verzahnt werden kann, spielt daher für uns immer wieder eine nicht unbedeutende Rolle. Dazu haben wir Betriebs- und Dienst-Vereinbarungen abgeschlossen, dazu gibt es aber auch engagierte Projekte aus ver.di heraus (Bsp.: ver.di-Senioren besuchen allein stehende alte Menschen in Pflegeheimen und kümmern sich darum, dass die ihre Rechte kennen, dass sie Ansprache und Unterstützung haben; auch achten sie darauf, dass Vorschriften und Personalschlüssel eingehalten werden). Dauerthema dabei: Wird bürgergesellschaftliches Engagement als solches wertgeschätzt oder dient es lediglich als Feigenblatt für Sozialstaatsabbau?

Dritte Dimension: Gegenseitige Unterstützung, politische Mobilisierung in der Bürgergesellschaft.

Ver.di sieht sich als Teil der Bürgergesellschaft und geht mit anderen Nicht-Regierungs-Organisationen, Verbänden, Initiativen usw. Bündnisse zur Durchsetzung politischer Ziele ein. So haben wir in sozialpolitischen Fragen gemeinsame Aktivitäten mit den Sozialverbänden, den Kirchen oder mit attac gestartet. Ähnliche Kooperationen finden sich zu ökologischen, friedens- oder entwicklungspolitischen Fragen, sei es mit Greenpeace, sei es im Rahmen der clean clothes campaign, sei es mit anderen Partnern.

Truda Ann Smith (Geschäftsführerin - BAG-Arbeit e. V.)

Die BAG Arbeit ist der Zusammenschluss der Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen in Deutschland. Die in der bag arbeit zusammengeschlossenen sozialen Unternehmen und arbeitsmarktpolitischen Dienstleister entwickeln und realisieren Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte für Langzeitarbeitslose, für Jugendliche ohne Ausbildung und für Berufsrückkehrerinnen. Sie wurde vor 17 Jahren als direkte Initiative der Unternehmen aus dem Sektor gegründet. Die Anzahl der Mitgliedsunternehmen im Herbst 2006 beläuft sich auf 390 einschließlich 13 Landesverbänden. Der Verband unterhält eine Geschäftsstelle in Berlin. Aufgabe: Wissensmanagement!

Unser Verband ist ein Ort, wo die Mitgliedsunternehmen ihre Erfahrungen und ihr Know-How strukturiert austauschen und den Meinungsbildungsprozess organisieren können, wo Informationen, Entscheidungen und Konzeptionen über arbeitsmarktpolitische Entwicklungen erfasst und gebündelt werden, wo im Rahmen von Projektarbeit die Inhalte der öffentlich geförderten Beschäftigung konzeptionell weiterentwickelt werden, Innovationen und Produkte transferiert werden, wo sie in den konstruktiven Dialog mit allen Akteuren der Arbeitsmarktpolitik treten können, in Bezug auf öffentlich geförderte Beschäftigung arbeitsmarktpolitische Ziele definieren und Verbesserungsvorschläge für die Umsetzungs- und legislative Ebene erarbeiten und transferieren können. Hierzu organisieren und führen wir Projekte, Workshops, Tagungen, Fortbildungen, Arbeitsgruppen (z.B. zu den Themenfeldern Recycling und Second Hand, Jugendliche und Benchmarking) durch, erstellen Produkte und bereiten Veröffentlichungen auf, vernetzen die Unternehmen elektronisch und in Fachgruppen miteinander, agieren als Sachverständige und organisieren Gespräche mit der Politik, den Verwaltungen, der Wirtschaft, den Gewerkschaften, der Wissenschaft, den Sozialverbänden und anderen Akteuren.

Themen-Schwerpunkte der Vergangenheit und Gegenwart:

- Kooperation mit der allgemeinen Wirtschaft
- Demographischer Wandel
- Einführung und Umsetzung des SGB II § 16
- Lernmodelle in der öffentlich geförderten Beschäftigung
- Recycling und Gebrauchsgüter

- Integration Jugendlicher
- Integration von MigrantInnen
- Betriebliche Organisation
- Qualitätsmanagement
- Profiling und Fallmanagement

Die BAG Arbeit agiert europäisch - und verkürzt dabei Europa nicht auf Brüssel. Sie forciert die europäische Vernetzung und ist aktives Mitglied des Europäischen Dachverbandes ENSIE, um Einfluss auf relevante, die sozial-ökonomischen Betriebe tangierende Entscheidungen der Europäischen Kommission zu nehmen. Sie organisiert den Erfahrungsaustausch mit europäischen Partnerorganisationen, z.B. im Bereich des Recyclings und Gebrauchtgüterhandels (RREUSE) und unterstützt Partnerschaften und Austausche durch die Projektarbeit.

Die Herausforderungen der Zukunft liegen für viele kleine und mittelständische Verbände nicht nur in der Frage der stabilen Finanzierung oder Umstellung der Refinanzierungsarten, sondern auch in der Anpassung der Angebote an die veränderte Situation und die Bedürfnisse ihrer Mitgliedsunternehmen auf Grund der politischen Reformprozesse und des gesellschaftlichen Wandels. Organisationsentwicklung vor dem Hintergrund eines noch fließenden Reformprozesses ist ein idealer Ausgangspunkt, um die Angebote, die Strukturen und das Profil eines Verbands zu überprüfen. Augenblicklich aber bedeutet dies, den Prozess in dem richtigen „Tempo“ zu steuern, welches nicht immer selbst bestimmbar ist. Aber nicht nur die Verbände sind mit Reorganisationsprozessen beschäftigt, sondern der gesamte Sektor ist in Bewegung. Hier ist nicht nur Restrukturierung gefordert, sondern eine Auseinandersetzung damit, welche Form künftig Nachhaltigkeit verspricht.

Dieser Überprüfungsprozess geschieht daher vor dem Hintergrund der Frage „wie sehen Verbände der Zukunft aus“ und „welche Rolle führen sie künftig aus“. Mitgliedsunternehmen sind selten nur Mitglied in einem Verband oder in einer Organisation. Sie haben aus einer Vielfalt von Gründen den Verband gegründet oder sich darin zusammengeschlossen. Fast immer ist für sie das wichtigste Kapitel solcher Verbände das „Wissen“ – die Chance den fachlichen Austausch und die Auseinandersetzung sowohl innerhalb der Branche als auch mit der Fachöffentlichkeit und der Politik zu strukturieren. Hierin liegt eine Hauptaufgabe, die aber selbst im Zeichen der modernen Wissensgesellschaft in Wandlung ist. Verbände arbeiten von Natur aus im vernetzten Handeln und es gilt auch hier die Synergien mit anderen Verbänden als Chance und nicht als „Konkurrenz“ zu betrachten und so neue Handlungsfelder miteinander zu gestalten. Dies weicht in seinen Anforderungen von der Vergangenheit ab, entspricht aber dem modernen Bild von Vernetzung.

Für viele Verbände stellt sich nicht nur die Frage der nachhaltigen Refinanzierung sondern die Refinanzierung des erforderlichen Change-

Managements. Traditionelle Refinanzierungswege sind massiv im Wandel und die Prozessinnovation erfordert die Erkundung neuer Partner und die Anpassung des Profils an die veränderten Rahmenbedingungen.

Abstracts zu den Arbeitsgruppen - Dritte Runde

AG 1: Soziale Bewegung und bürgerschaftliches
Engagement: neue Formen, neuer Sinn?

***Dr. Andreas Hadjar (Oberassistent der Abteilung Bildungssoziologie,
Universität Bern) und
Prof. Dr. Rolf Becker (Direktor und Lehrstuhlinhaber der Abteilung
Bildungssoziologie, Universität Bern)***

Bildungsexpansion und politisches Engagement – Politisches Interesse und politische Partizipation im Zeitverlauf

Die Förderung politischen Interesses und politischer Partizipation gehörte zu den wesentlichen Zielen der Bildungsreform, die Ende der 1960er Jahren eine sich bereits abzeichnende Bildungsexpansion zusätzlich ansah. Bildung wurde als „eine Grundvoraussetzung für die Entstehung und Sicherung einer demokratischen Gesellschaft mündiger Bürger“ (Müller 1998: 85) angesehen. So forderte Dahrendorf (1965) Bildung als Bürgerrecht ein, so dass allen die Partizipation an der Demokratie ermöglicht werden sollte. Dies zielte letztlich auch auf eine Stabilisierung der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland, denn zu deren Grundpfeilern gehören nicht nur politische Institutionen, sondern auch politisch Interessierte und partizipierende Bürgerinnen und Bürger. In den letzten Jahren wird im öffentlichen Diskurs immer wieder ein zunehmendes Desinteresse an Politik beklagt. Diese Sorge betrifft vor allem die junge Generation.

Thesen über einen (nahezu linearen) Trend abnehmenden Politikinteresses und abnehmenden politischen Engagements ist jedoch mit großer Skepsis zu begegnen. Die oftmals theorielosen und empirisch falschen Betrachtungen von Veränderungen auf der Aggregatebene führen häufig zu Fehlschlüssen. Im Dunkeln bleiben bei einer solchen simplifizierenden Betrachtung soziale Mechanismen auf der individuellen Ebene, die Prozesse des sozialen Wandels stützen. Die Zeit allein vermag es nicht, soziale Tatbestände zu verändern, sondern es sind sozialstrukturelle und ideologische Bedingungen sowie soziale Akteure in ihren spezifischen gesellschaftlichen Verhältnissen, die sozialen Wandel antreiben.

Im Rahmen dieses Beitrags sollen politisches Interesse und politisches Engagement (konventionelle und unkonventionelle Formen) im Zeitverlauf – unter besonderer Berücksichtigung von Effekten individueller und kohortenspezifischer Bildungsniveaus – analysiert werden. Um temporale Fehlschlüsse – die auftreten, wenn nur eine zeitliche Dimension betrachtet wird (z.B. nur Periodenveränderungen) – zu vermeiden, werden politisches

Interesse und die Formen politischer Partizipation in Abhängigkeit von drei temporalen Effekten (Alter, Periode, Kohorte) betrachtet. In Regressionsmodellen unter simultaner Berücksichtigung von Alters-, Perioden- und Kohorteneffekten zeigt sich der – einfacheren Analysen und Common Sense-Annahmen widersprechende – Befund, dass jüngere Kohorten politisch interessierter sind als ältere Kohorten.

Achim Goerres (London School of Economics, Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung Köln)

Die neuen Alten. Eine quantitative und qualitative Analyse des Protestverhaltens älterer Menschen in Großbritannien im europäischen Vergleich

Das Papier analysiert politisches Protestverhalten von Seniorinnen und Senioren in Großbritannien. Die Forschungsfrage lautet: in welcher Hinsicht und warum unterscheiden sich ältere von jüngeren Menschen in ihrem Partizipationsverhalten? Das Papier stützt sich auf eine Kombination von quantitativen und qualitativen Analysen. Zuerst untersuche ich Survey-Datensätze (World Values Survey, European Social Survey 2002/3) in Längsschnitt- und Querschnittsanalysen mit Hilfe multivariater Regressionstechniken, um die geläufigen Hypothesen aus der Literatur zu untersuchen. Im Anschluss stelle ich Ergebnisse von Interviews mit älteren Teilnehmerinnen und Teilnehmern der englischen Council Tax Protest den Resultaten der quantitativen Analyse gegenüber.

Die Untersuchung zeigt, dass die Unterschiede zwischen älteren und jüngeren Individuen in Bezug auf Protestverhalten bisher nur ungenügend erklärt werden können. Zwar kann man eine generationelle Aufholjagd der älteren Generation nachweisen, doch besteht weiterhin eine geringere Wahrscheinlichkeit von älteren Bürgerinnen und Bürgern, individuelle Protestaktivitäten wahr zu nehmen. Die Erfahrungen der befragten Protestteilnehmer und der statistische Einfluss einiger von mir neu erstellte Variablen, die die Seniorenfreundlichkeit europäischer Gesellschaften messen, weisen darauf hin, dass heutige Seniorinnen und Senioren gegen bestehende soziale Stereotypen und Bilder ankämpfen, die sie als politisch passiv darstellen. Großbritannien stellt hierbei den Kontext einer signifikanten Fallstudie (crucial case study) dar. Historisch häufig auftretende Seniorenproteste, eine relativ hohe gemessene Seniorenfreundlichkeit und ein allgemein hohe Partizipationsniveaus erlauben das Argument, dass die gemachten Erfahrungen der englischen Seniorinnen und Senioren in anderen gesellschaftlichen Kontexten, wo die äußeren Bedingungen noch günstiger für die Entwicklung von Stereotypen sind, ebenfalls nachzuweisen sein sollten.

AG 2: Wirtschaften für gute Zwecke

Prof. Dr. Michael Meyer (Forschungsinstitut für Nonprofit Organisationen, Wirtschaftsuniversität Wien)

Wie viel Wirtschaft verträgt die Zivilgesellschaft? Über Möglichkeiten und Grenzen wirtschaftlicher Rationalität in NPOs

Wirtschaft ist jenes gesellschaftliche Funktionssystem, das über das Geldmedium kommuniziert, und keine Organisation kann entscheiden, wie viel davon sie verkräftet. Über Organisationen zu reden bedeutet immer auch über Wirtschaft zu reden, weil moderne Organisationen immer auch über Geld kommunizieren müssen. Das Konzept Zivilgesellschaft hingegen impliziert einerseits Steuerung jenseits von Markt und Staat, andererseits die romantische Hoffnung gesellschaftlicher Re-Integration jenseits der funktionalen Differenzierung. Freilich erfolgt heute auch die Partizipation an der Zivilgesellschaft über die Form Organisation und damit über Mitgliedschaftsrollen, womit die ausgeschlossene Wirtschaft wieder im Boot ist. Der Beitrag stellt die Frage, wie zivilgesellschaftliche Organisationen mit ihrer Koppelung an Wirtschaft umgehen. Dabei wird in mehreren Schritten argumentiert:

1. Zuerst wird das Feld abgesteckt – um welches Organisationen handelt es sich überhaupt und wie lassen sie sich definieren? Empirisch gangbare, weil operationale Definitionen von Nonprofit-Organisationen (NPO) auf Basis der Nondistribution-Constraint nicht immer zur europäischen Tradition passen.
2. In dieser Tradition steht auch die wirtschaftsreformerische Kraft des Dritten Sektors, historisch wohl am stärksten in der Genossenschaftsbewegung, aktuell in sozialökonomischen Projekten verwirklicht. Gerade in zivilgesellschaftlichen Organisationen liegt offenbar hohe wirtschaftliche Innovationskraft.
3. Auf der anderen Seiten laufen gerade etablierte NPO Gefahr, sich einseitigen Konzepten von (Betriebs-) Wirtschaftlichkeit hinzugeben – zu verheißungsvoll ist offenbar die Botschaft des Managerialismus.
4. Schließlich gibt es – zumindest bei oberflächlicher Betrachtung – eine ganze Reihe von Hinweisen für eine Entdifferenzierung der Funktionssysteme: Corporate Social Responsibility und Balanced Scorecards sollen in Unternehmen dafür sorgen, dass auch andere Interessen als jene der Shareholder verfolgt werden. Public Private Partnership, hybride Organisationsformen und Mixed Governance wollen die hermetische Trennung der Steuerungsmechanismen überwinden.

5. Die Titelfrage soll entlang dieser vier Linien theoretisch und empirisch diskutiert werden.

Prof. Dr. Theo Wehner (ETH Zürich, Arbeits- und Organisationspsychologie) und Gian-Claudio Gentile (ETH Zürich, Arbeits- und Organisationspsychologie)

Intersektorale Partnerschaften: Soziale Handlungsorientierungen als Indikatoren für die Kooperation und den Erfolg?

Die Rolle von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft wird oft unterstrichen und gefordert. Vor dem Hintergrund schwindender staatlicher Unterstützungsmöglichkeiten scheint der stärkere Einbezug dieser spezifischen Akteure wichtiger denn je. Die enge Verflechtung und die Abhängigkeit zur lokalen und regionalen Ökonomie, sowie die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Anspruchsgruppen vor Ort, machen die KMU zu wichtigen Akteuren bei der Wahrnehmung bürgerschaftlichen Engagements, wie dieses unter dem Stichwort „Corporate Citizenship“ (CC) skizziert wird. Dies im Unterschied zu Großunternehmen, welche durch ihre internationale bzw. globale Ausrichtung das Engagement entsprechend gestalten. Ein wichtiger Aspekt von CC ist das proaktive Engagement der KMU-Betriebe. Darunter werden verschiedene Aktivitäten verstanden, welche grob in drei Kategorien gefasst werden können (Zappalà & Cronin, 2003; Schubert et al., 2002):

Die strategische Einbindung von CC in die Geschäftstätigkeit/-politik, das gemeinsame Engagement des Betriebes mit seinen Mitarbeitenden (z.B. Corporate Volunteering) sowie finanzielles Engagement in unterschiedlichsten Formen (z.B. Matched Giving, Stiftungen usw.).

Bei vielen der möglichen Engagementformen kommt es zu Partnerschaften mit Organisationen aus dem Dritten Sektor. Dabei handelt es sich um neue Formen der Kooperation, für welche die Beteiligten wenig Erfahrungswissen mitbringen. Dass dabei die sektorübergreifende Zusammenarbeit in diesen Partnerschaften eine wichtige Rahmenbedingung für die Umsetzung darstellt, wird in der Literatur zwar noch gesehen. Konzeptionelle Reflexion, geschweige denn empirische Arbeiten findet man jedoch kaum. Beiträge zum CC beschäftigen sich oft primär mit den Produkten der Projekte, übersehen dabei aber die Voraussetzungen, d.h. den dahinter liegenden Prozess (Glazebrook, 2005). Betrachtet man die intersektorale Partnerschaft als sozialen Prozess, d.h. als zwischen spezifischen Akteuren (hier Organisationsrepräsentanten) kommunikativ auszuhandelnder Prozess, dann spielen soziale Handlungsorientierungen eine zentrale Rolle. Unter sozialen Handlungsorientierungen sollen hier solche Orientierungen verstanden werden, welche sich auf soziale Gegenstände (Intersektorale Partnerschaft) beziehen, eine handlungsleitende Funktion (bzgl. Ziele,

Handlungsprogramme usw.) haben und sich durch ihre Motivverbundenheit nach Wertorientierungen richten, welche die geäußerten Haltungen und sonstigen Interakte der Akteure beeinflussen (Weber et al., 2003).

Unter dem Gesichtspunkt der Intersektoralität stellt sich nun die Frage, inwiefern von unterschiedlichen Handlungsorientierungen (z.B. ökonomisch-utilitaristisch vs. mutualistisch-prosozial) bei den beteiligten Akteuren ausgegangen werden muß/kann und wie diese den Kooperationsprozess beeinflussen?

Wenn solche Unterschiede vorausgesetzt werden können, so die hier vertretene These, dann hat dies auch einen Einfluss auf den kommunikativ auszuhandelnden Prozess. Vor diesem Hintergrund können gegenseitige Missverständnisse, Verdächtigungen und allfällige Konflikte differenzierter verstanden und erfolgreich bearbeitet werden, was letztlich auch die nachhaltige Entwicklung einer Partnerschaft positiv beeinflussen kann. Durch das bessere Verständnis der jeweiligen sektor- bzw. kontextspezifischen Handlungsorientierungen vergrößert sich die Wissensbasis bzgl. der Eigenheiten solcher Partnerschaften, was die Bereitschaft für Folgeprojekte steigern sollte. Die vorliegende Fragestellung wurde durch die konzeptionellen Arbeiten von Geulen (1982) und Weber et al. (2003) beeinflusst, welche das Konzept der sozialen Handlungsorientierungen für die Untersuchung interorganisationaler Netzwerke verwendeten. Die aus der qualitativen Studie erhaltenen Resultate können als wichtige Grundlage für die Konzeptualisierung einer entsprechenden Untersuchung im intersektoralen Bereich genommen werden. In der Arbeitsgruppe wären die kurze Darstellung zentraler Erkenntnisse aus der ersten Untersuchung, sowie die Möglichkeit zur Entwicklung eines standardisierten Erhebungsinstrumentes zu diskutieren.

AG 3: Governance im Wandel: Weniger Staat, mehr Zivilgesellschaft? - Steuerungsfragen

Prof. Dr. Thomas Klie (EFH Freiburg, Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg) und Prof. Paul-Stefan Roß (Berufsakademie Stuttgart, Studienbereich Sozialwesen)

Regieren in der Bürgerkommune. Eckpunkte für Governance in lokalen Kontexten: Begründung und Konkretisierung

Über die „Bürgerkommune“ als lokale Formulierung der Idee der Bürgergesellschaft ist in den vergangenen Jahren viel gesprochen und geschrieben worden. Dabei ist eine Diskrepanz zwischen Rhetorik und

kommunaler Praxis unübersehbar. Insbesondere Antworten auf die Frage, wie Regieren und wie insbesondere die Rolle der gewählten politischen Gremien in der „Bürgerkommune“ theoretisch zu denken und praktisch zu gestalten sei, sind bis auf wenige Ausnahmen vage geblieben.

Die Stadt Filderstadt (Region Stuttgart) hat sich vor fünf Jahren systematisch auf den Weg gemacht, unter einem zivilgesellschaftlichen Leitbild das Kräftedreieck Bürger – Politik – Verwaltung neu auszutarieren. Eine Reihe weiterer Gemeinden und Städte hat vergleichbare Wege beschritten. Die Erfahrungen aus diesen im Rahmen des baden-württembergischen Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement wissenschaftlich begleiteten „kommunalen Praxiswerkstätten“ erlauben, das Zusammenspiel verschiedener Formen demokratischer Willensbildung in der „Bürgerkommune“ genauer zu bestimmen.

Als Ausgangspunkt dient eine Analyse einerseits der Konflikte, die im Zusammenhang mit der Implementierung neuer Formen kommunaler Bürgerbeteiligung in den Städten und Gemeinden aufgetreten sind, andererseits der Lösungen, die in Reaktion auf diese Auseinandersetzungen erprobt wurden. Eine Reflexion im Kontext der Diskurse zur Bürgergesellschaft und zu Governance zeigt, dass sich sowohl die nachgezeichneten Konflikte als auch die Lösungswege verstehen lassen a) als Suche nach neuen zivilgesellschaftlichen Verantwortungs-mixturen in der Daseinsvorsorge („Welfare-Mix“) und b) als Teil eines grundlegenden Wandels des Regierens in (post)modernen Gesellschaften von Government zu Governance. Auf dieser doppelten Grundlage können in einem dritten Schritt Eckpunkte begründet und entfaltet werden, wie „Governance in der Bürgerkommune“ als „gemischte Steuerung“ gestaltet werden kann: Zur Sprache kommen konkrete Regeln für das Zusammenwirken von Bürgerschaft, Organisationen des Dritten Sektors, öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und Politik innerhalb kooperativ-demokratischer Verfahren, Vorschläge für die Verknüpfung repräsentativ-demokratischer mit kooperativ-demokratischen Strukturen bzw. Prozeduren sowie Überlegungen zu Rolle und Funktion der Kommunalparlamente. Auf der operativen Ebene können Hinweise für ein professionelles Partizipationsmanagement gegeben werden.

Damit ist ein Vorschlag zur Diskussion gestellt, wie - weit über die Formeln „weniger Staat“ und „mehr Zivilgesellschaft“ hinaus - ein ebenso theoretisch fundiertes wie in die lokalpolitische Praxis hinein ausbuchstabiertes „Regieren in der Bürgerkommune“ aussehen kann. Gleichwohl bleiben Fragen offen, die sich v. a. auf die Rolle politischer Parteien, die

Spannung von Autonomie und „Verregelung“ bürgerschaftlicher Selbstorganisation, die Rolle der Wirtschaft und die Übertragbarkeit eines kommunalpolitischen Modells auf höhere föderale Ebenen beziehen. Auch gilt es, das Verhältnis von Governance-Ansätzen zu korporatistischen Traditionen und Steuerungsansätzen zu bestimmen.

***Dr. Hans-Liudger Dienel (Zentrum Technik und Gesellschaft,
Technische Universität Berlin) und
Dr. Heike Walk (Zentrum Technik und Gesellschaft, Technische
Universität Berlin)***

Kooperationsnetze und lokale Governance-Formen als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen

Es ist bisher kaum etwas über die spezifischen Eigenarten zivilgesellschaftlichen Engagements in ländlichen Räumen und kleineren Städten (zumal Ostdeutschlands) bekannt. Schon der Begriff „Bürgerschaftliches Engagement“ zeigt ethymologisch an, dass das Konzept bisher eher die Stadtgesellschaft umfasste. Wer aber sind die Akteure im ländlichen Raum? Welche Probleme und spezifischen Potenziale für lokale Governance-Formen ergeben sich aus den besonderen Gegebenheiten des ostdeutschen ländlichen Lebens (starkes Vereinsleben, Nachbarschaftshilfe, Nischengesellschaft)? Wie lassen sich diese Potentiale im Kontext der öffentlichen Verwaltung und der wirtschaftlichen Akteure nutzen?

Der Beitrag sucht nach unterschiedlichen Leitbildern von Governance für kleinere Städte und ländliche Räume in Ostdeutschland. Ein solches Leitbild ergibt sich aus Erfolgsfaktoren von „Hochleistungskommunen“, bei denen die öffentliche Verwaltung, bürgerschaftliches Engagement und wirtschaftliche Strukturen enger miteinander vernetzt sind und sich gegenseitig stärken. Dies ist, so eine These, in den meisten ostdeutschen Kommunen selten, da die drei Bereiche meist wenig vernetzt sind, bzw. sich gegenseitig nicht aktivieren sondern schwächen.

Auf der anderen Seite gehört zu einer spezifisch ostdeutschen Definition von Zivilgesellschaft eine enge Verbindung mit öffentlichen Leistungen der Daseinsvorsorge und der Rolle der lokalen Wirtschaft. Allein auf zivilgesellschaftliche Strukturen zu schauen, verkennt die ostdeutsche Realität einer großen Arbeitsmarktzentrierung der meisten Menschen und eines sehr präsenten öffentlichen Sektors.

Vor dem Hintergrund einer Studie über die „Energierregion Lausitz – neue Impulse für die Akzeptanz und Nutzung Erneuerbarer Energien“ soll die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Netzwerke für die Leitbildentwicklung ostdeutscher ländlicher Räume nachgezeichnet werden. Die Region Lausitz, die das Zentrum des Braunkohletagebaus in der DDR war, ist geprägt von der fossilen Energiewirtschaft, die bis heute den wichtigsten Arbeitgeber in der Region darstellt. Gleichzeitig haben sich hier zahlreiche Projekte und Initiativen im Bereich erneuerbare Energien entwickelt, die unter anderem auf das Potenzial der riesigen Tagebau-Rekultivierungsflächen verweisen. Die Historie und die aktuellen Umbrüche in dieser „Energierregion“ wirken sich auch auf die Wahrnehmung und Nutzung der erneuerbaren Energien aus und können zur Herausbildung eines neuen

Leitbildes führen. Dies macht die Region als Forschungsfeld besonders interessant.

Dr. Jens Newig (Institut für Umweltsystemforschung, Universität Osnabrück)

Zwischen Machtabgabe und Rhetorik. Zivilgesellschaftliche Akteure und die Effektivität umweltpolitischer Partizipationsprozesse in Deutschland

Umweltpolitik und Umweltrecht erleben seit einigen Jahren einen Wandel politischer Steuerungsmodi: weg von einer rein zentralstaatlich-hierarchischen Regulierung hin zu transparenteren, kleinräumigeren Entscheidungsstrukturen unter Einbeziehung von NGOs, zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie lokal betroffenen Bürgern und Interessengruppen. Zu den am häufigsten genannten Motivationen für Bürgerbeteiligung wird die erwartete erhöhte Qualität der politischen Entscheidung sowie deren verbesserte Umsetzung genannt. Eine empirische Untersuchung dieser Annahmen steht allerdings noch aus. Im Rahmen einer Sekundäranalyse von 30 Fällen deliberativer Governance soll die Partizipationsrhetorik in der deutschen Umweltpolitik daher einer kritischen Prüfung unterzogen werden.

Zum einen gilt es, Umfang und Qualität staatlicher Machtübertragung an zivilgesellschaftliche Akteure in umweltpolitischen Deliberationsprozessen zu ermesen. Wir untersuchen die ausgewählten Fälle dahingehend, welche Akteure in Entscheidungen eingebunden werden, mit welchen Rechten und Teilhabemöglichkeiten sie ausgestattet sind und welche Rolle etablierte politische Akteure in einer derartigen Situation der Entstaatlichung einnehmen. Zum anderen soll die mögliche Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit hinsichtlich der Effektivität partizipativer Governance beleuchtet werden. Unter der Annahme, dass nur eine Entscheidung, die qualitativ hochwertig ist und eine schnelle und konsequente Umsetzung erfährt, das gewünschte Politikergebnis erreichen kann, analysieren wir output-Qualität, Implementationseffektivität und policy outcome. Wir bestätigen die häufig vorgebrachte These, wonach der Einbezug gesellschaftlicher Akteure in umweltpolitische Entscheidungen zur einer Akzeptanzerhöhung und somit zu einer verbesserten Umsetzung führen. Hinsichtlich der ökologischen Qualität des policy outputs – und damit auch des materiellen outcomes – gelangen wir dagegen zu einem differenzierteren Urteil. In einem dritten Schritt führen wir die obigen Erkenntnisse zusammen und diskutieren das Verhältnis von Grad an Machtabgabe und Politikergebnissen.

Andreas D. Schulz (Wirtschaftsuniversität Wien, NPO-Institut) und Anja vom Stein (Universität Göttingen, Arbeitskreis Nonprofit-Organisationen)

Lokale Partnerschaften als Verhandlungsarenen. Plädoyer für ein produktives „Spannungsmanagement“

Lösungen drängender gesellschaftlicher Probleme scheitern in hochgradig ausdifferenzierten Gesellschaften nicht zuletzt daran, dass die hoch spezialisierten Teilbereiche aufgrund ihrer einseitigen Spezialisierung mehr Probleme produzieren, als sie aus sich selbst heraus lösen können. Gesamtgesellschaftlich sinnvolle Problemlösungen scheinen angesichts dessen nur noch durch Kooperation der ausdifferenzierten Teilbereiche möglich. Die "governance school" der modernen Steuerungstheorie sieht in einer solchen vorwiegend selbst organisierten Kooperation sogar die wirkungsvollste Steuerungsform moderner Gesellschaften. Dementsprechend soll anstelle der rein hierarchischen oder rein marktförmigen Koordination in solchen Netzwerken die Steuerung durch "Verhandlung" erfolgen.

Der Gedanke der Kooperation ausdifferenzierter Teilbereiche findet sich im Bereich der Sozialpolitik seit langem in dem durch Adalbert Evers geprägten Konzept der „mixed economy of welfare“, welches auf einen synergetischen „Welfare Mix“ abzielt. Dabei sollen insbesondere auch zivilgesellschaftliche Akteure in die Wohlfahrtsproduktion einbezogen werden. Diese Idee spiegelt sich auch in dem von Dahrendorf entwickelten liberalen Modell von Zivilgesellschaft. Bürgerinnen und Bürger, Politik, Initiativen, Vereine sowie wirtschaftliche Akteure arbeiten in dieser Konzeption zusammen. In ähnlicher Weise fordern gegenwärtige Diskussionen um die zukünftige Rolle des Sozialstaates eine neue gesellschaftliche Aufgabenteilung, nach der dem Staat nur mehr eine "aktivierende", "ermöglichende" oder "gewährleistende" Rolle zukommt.

In der Tat entstehen an den Schnittstellen verschiedener gesellschaftlicher Teilbereiche immer mehr "hybride" Organisationen (Evers) und Netzwerke, welche die verschiedenartigen Ziele, Ressourcen, Handlungslogiken und Kulturen angrenzender Bereiche in sich vereinigen. Die EU fördert bereits seit Mitte der 1990er "Lokale Partnerschaften" (LP), in denen staatliche, privatwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Organisationen um innovative Lösungen gesellschaftlicher Probleme bemühen. In Deutschland werden solche Partnerschaften seit einigen Jahren durch einzelne Bundesländer gefördert und inzwischen auch bundesweit durch Programme wie "Soziale Stadt" oder "Lokale Bündnisse für Familien".

Den hohen Erwartungen an eine interne Integration der ausdifferenzierten Teilbereiche werden Lokale Partnerschaften jedoch nicht immer gerecht. Die Ursachen dafür werden meist in ungünstigen externen Bedingungen gesehen.

Daneben ist jedoch zu beobachten, dass viele ihrer Probleme von hybriden Kooperationsformen vor allem interner Natur sind. Als größte Herausforderung erweist sich dabei die Aushandlung der Spannungen, welche aus dem Zusammentreffen unterschiedlichster und oft gegensätzlicher Ziele, Logiken, Kulturen, Ressourcen, Umwelten und stakeholder entstehen. Diese Spannungen werden zum einen durch die Beteiligten aus verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen in die Hybriden hineingetragen. Zum anderen resultieren sie aus den unterschiedlichen Anforderungen der vielfältigen Umwelten, an deren Schnittstellen sie operieren. Diese Anforderungen werden umso komplexer, je mehr sich auch in den einzelnen gesellschaftlichen Teilbereichen keine "reinen" Handlungsorientierungen und Steuerungsprinzipien mehr finden, sondern zunehmend Mischformen wie z.B. die zunehmend managerielle Ausrichtung öffentlicher Verwaltungen, die Vermarktlichung von Nonprofit-Organisationen oder auch zivilgesellschaftliche Elemente, welche durch Corporate-Social-Responsibility-Programme Einzug in privatwirtschaftliche Unternehmen halten.

Unsere empirischen Erfahrungen weisen darauf hin, dass Lokale Partnerschaften diesen Spannungen nicht einfach ausgeliefert und damit zum Scheitern verdammt sein müssen. Vielmehr eröffnen sich durch ein intelligentes „Spannungsmanagement“ tatsächlich innovative gesellschaftliche Problemlösungen. Trotz einer Fülle empirischer Einzelfallstudien wurde bisher jedoch kaum untersucht, unter welchen Bedingungen und auf welche Weise LP mit ihrem Spannungsmanagement erfolgreich sind oder scheitern. Es wird nicht zuletzt jedoch vom Erfolg dieses Spannungsmanagements abhängen, welche Rolle zivilgesellschaftliche Organisationen in den zunehmenden hybriden Strukturen und damit auch in einem zukünftigen Welfare Mix spielen können.

Mit unserem Beitrag wollen wir daher Ansatzpunkte für ein produktives "Spannungsmanagement" in hybriden Netzwerken wie LP aufzeigen. Zu diesem Zweck möchten wir die Aushandlung dieser internen Spannungen innerhalb von LP anhand von Beispielen aus eigenen empirischen Forschungen und der aktuellen Literatur unter drei Fragestellungen genauer untersuchen:

Welche Arten von internen Spannungen lassen sich in Lokalen Partnerschaften feststellen und wie verändern sich diese durch die Kooperation: Nähern sich die Eigenschaften der beteiligten Organisationen aneinander an oder entstehen eher Abgrenzungsprozesse? Übernehmen die Akteure nun auch fremde Aufgaben oder konzentrieren sie sich vielmehr auf ihre Kernkompetenzen?

Welche Auswirkungen haben diese internen Spannungen auf die Handlungsfähigkeit der Partnerschaften?

Auf welche Weise können die Akteure die internen Spannungen produktiv bewältigen?

AG 4: **„Männliche Bürgergesellschaft?“
Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft?**

Prof. Dr. Rudolph Bauer (Universität Bremen)

Frauen im Verein. Zur Sozialgeschichte und -psychologie des Weiblichen in der Bürger/innen/gesellschaft

Für die AG 4 – „Männliche“ Bürgergesellschaft“ – schlage ich einen Beitrag vor, der sich mit der Frage befasst, welche Funktionen Frauen (als einzelne, in Gruppen und in ihrer Gesamtheit als soziologische Kategorie) in den Vereinen und den anderen Nonprofit-Organisationsformen einnehmen, die im Konzept der Bürgergesellschaft bekanntlich eine zentrale Rolle spielen.

Der Beitrag bezieht sich vornehmlich auf die deutschen Verhältnisse und soll die Frage nach zwei Seiten hin beleuchten: Zum einen wird aus sozialgeschichtlicher Sicht untersucht, an welchen historischen Stationen Frauen sich aktiv in den bürgerschaftlichen Entwicklungsprozess eingebracht haben bzw. einbezogen wurden (Stichworte: „weibliche Diakonie“, „Verwundetenpflege“, „Frauenbewegungen“, „Geistige Mütterlichkeit“). Zum anderen werden sozialpsychologische Aspekte thematisiert, die sich der weiblichen Sexualität, Genderzugehörigkeit und Emotionalität verdanken und dazu führen, dass „Frauen in Vereinen“ und Nonprofit-Organisationen bzw. in den von NPOs betriebenen Einrichtungen bestimmte Tätigkeiten zugewiesen erhalten und Funktionen einnehmen.

Im Rahmen der AG 4 soll das Paper dazu beitragen, die paternalistischen Anteile der Bürgergesellschaft aufzudecken und abschließend die Frage zu stellen, ob nicht aus diesem Blickwinkel heraus Wunsch und Wirklichkeit der Bürgergesellschaft sich auf wundersame Weise entsprechen.

Dr. Gisela Notz (Friedrich-Ebert-Stiftung)

**„Auf diese einsatzfreudigen Damen greifen wir gerne zurück“
Bürgerschaftliches Engagement im Bereich von Kultur und Soziokultur**

Bürgerschaftliches Engagement ist seit vielen Jahren nicht nur im Sozial- und Gesundheitsbereich, sondern auch im Bereich von Kultur und Soziokultur nicht zu übersehen. Die kulturelle (bes. die soziokulturelle) Wirklichkeit wird ebenso wie der Sozialbereich von schrumpfenden Finanztöpfen bestimmt, daher ist auch dort der Bereich des bürgerschaftlichen Engagements ein schnell expandierender Bereich. Fast alle Einrichtungen arbeiten mit ehrenamtlich Tätigen. Viele Projekte halten sich

nur mit großer ehrenamtlicher Energie über Wasser. Über das bürgerschaftliche Engagement im Bereich der sozialen Arbeit und dessen geschlechtsspezifischer Segregation liegen etliche Erkenntnisse vor (zusammengefasst Notz 1987, 1989 und 1999). Sieht man sich die Verteilung des Bürgerengagements im Bereich von Kultur und Soziokultur nach Geschlechtern an, so scheint es – im Gegensatz zum sozialen und Gesundheitsbereich – zunächst ein ausgeglichenes Verhältnis zu sein. Fragt man nach den Tätigkeitsfeldern, so stellt sich jedoch heraus, dass die für das Bürgerengagement traditionelle Arbeitsteilung: Frauen machen die eher praktischen Arbeiten, Männer leiten die Vereine und Verbände, auch für den Kulturbereich zutrifft.

In dem Referat soll es um die Erfahrungen mit bürgerschaftlichem Engagement in kulturellen und soziokulturellen Einrichtungen gehen, um die Rahmenbedingungen und Organisationsformen, die die geschlechtsspezifische Arbeitsverteilung begünstigen und um die Auswirkungen, die diese Verteilung auf die Arbeitsbereiche und Arbeits- und Lebensverhältnisse von Frauen und Männern haben. Schließlich geht es auch um die Kooperation (bzw. Konkurrenz) zwischen bürgerschaftlich Engagierten und Professionellen, die in diesen Bereichen tätig sind und um die Frage, inwieweit Engagierte Positionen mit Verantwortung übernehmen können und ihr Erfahrungswissen und ihre Erkenntnisse über die Engagementbereiche in die kulturpolitische Diskussion einbringen können. Forschungsergebnisse zeigen, dass die Engagierten Qualifikationen und Kompetenzen aus früherer bezahlt und unbezahlt geleisteter Arbeit in ihr Engagement einbringen. Diese können sich allerdings nur entfalten, wenn Organisationen und Institutionen, in denen sie arbeiten, ihnen Raum geben, sich einzumischen. Die Frage ist, wie Ermöglichungsstrukturen geschaffen werden können, damit bürgerschaftliches Engagement sinnvoll eingesetzt werden kann, ohne den Sozialstaat aus seiner Verantwortung zu entlassen und ohne die traditionellen geschlechtsspezifischen Rollenverteilungen fortzuschreiben. Schließlich ist danach zu fragen, wie Räume zur gemeinsamen Entwicklung von Handlungskonzepten geschaffen werden können, die aus dem Wunsch heraus entstanden sind, aktiv auf die Gestaltung der Zukunft einzuwirken. Eine Verständigung darüber, wie eine wünschenswerte sozial- und geschlechtergerechte „Zukunft der Bürgergesellschaft“ aussehen soll, steht noch aus.

Literaturauswahl:

Gisela Notz: Arbeit ohne Geld und Ehre, Opladen 1987

Gisela Notz: Frauen im sozialen Ehrenamt. Ausgewählte Handlungsfelder: Rahmenbedingungen und Optionen, Freiburg 1989

Gisela Notz: Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt – Eine Antwort auf die Krise? Neu-Ulm 1999, 2. Auflage

Gisela Notz: *seniorTrainerinnen* im Bereich von Kultur und Soziokultur, in: Joachim Braun/Sonja Kubisch/Peter Zeman (Hrsg.): Erfahrungswissen und Verantwortung – zur Rolle von *seniorTrainerinnen* in ausgewählten Engagementbereichen, Köln 2005, S. 145 – 175

***Petra Krüger (Institut für Soziologie; Universität Tübingen),
Torsten Poppek (Ev. Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe) und
Dr. Christiane Lange (Politikwissenschaftlerin und Sozialarbeiterin)***

**Bürgergesellschaft „männlich“ – „weiblich“? Plädoyer für eine
Analyseperspektive jenseits der Geschlechterdifferenz**

Obwohl „männlich“ im Titel der Arbeitsgruppe in Anführungszeichen steht und er mit einem Fragezeichen versehen ist, ruft er doch eine Frau-Mann-Unterscheidung, ein Denken in Geschlechterdifferenzen, ab. Es entsteht der Eindruck, als ob die Kategorie „männlich“ und damit - in unseren Breitengraden der Zweigeschlechtlichkeit - relational verbunden auch die Kategorie „weiblich“ unhinterfragt als quasi „natürlich“ gegeben angesehen werden. Aus konstruktionstheoretisch orientierter Perspektive betrachtet wird damit einmal mehr Geschlecht als eine binäre Kategorie und basale Unterscheidung in Frauen und Männer wahrgenommen, hergestellt und reproduziert.

Deshalb soll im Vortrag aus konstruktionstheoretisch orientierter Perspektive der Stellenwert und Umgang mit der Analysekategorie Geschlecht in Forschungen und Theorien zu „Bürgergesellschaft“ beleuchtet werden. Ziel ist dabei aus unterschiedlichen Bereichen, die unter dem prägnanten, aber inhaltlich diffusen Schlagwort „Bürgergesellschaft“ verhandelt werden, einen kritischen Überblick über „Geschlecht und Bürgergesellschaft“ zu geben.

In Forschung und Theorien zu „Bürgergesellschaft“ ist die Kategorie Geschlecht unterbelichtet, in der Geschlechterforschung hingegen das Thema „Bürgergesellschaft“. Aufgrund dieses Befunds soll im Vortrag ein knapper Überblick über den spärlichen Stand der Forschung zu „Geschlecht - im weitesten Sinne verstanden - und Bürgergesellschaft“ gegeben werden. Daran anschließend wird ein konstruktionstheoretisch orientiertes Verständnis der Kategorie Geschlecht entfaltet und damit verbunden werden die vorgestellten Studien auf ihr Verständnis der Kategorie Geschlecht durchleuchtet. Abschließend wird das Potential eines so gewendeten Verständnisses der Kategorie Geschlecht für die Auseinandersetzung mit Bürgergesellschaft ausgelotet und ein Ausblick auf Forschungsdesiderata gegeben.

Thesen zu den Plenarvorträgen *Forum 4*

Bürgergesellschaft und Dritter Sektor: Wo bleiben Forschungsförderung und Ausbildungsangebote?

Moderation: Prof. Dr. Annette Zimmer

Prof. Dr. Hans-Gerd Ridder (Institut für Personal und Arbeit, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Universität Hannover)

1. Defizite in der universitären Ausbildung von zukünftigen Nonprofit Managern.

Im Jahre 1999 hat der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften ein Vertiefungsfach Nonprofit Management an der Universität Hannover eingerichtet. Dieses Vertiefungsfach ist interdisziplinär ausgerichtet. Es kann sowohl von Studenten der Sozialwissenschaften als auch von Studenten der Wirtschaftswissenschaften studiert werden. Ausschlaggebend für diese Konstruktion waren Gespräche mit Praktikern und Vertretern von Verbänden, wonach sich die Bedarfe der Nonprofit Organisationen vor dem Hintergrund der aktuellen Rekrutierungspraxis verändert haben. Sozialwissenschaftler und Wirtschaftswissenschaftler weisen aufgrund ihrer disziplinären Ausbildung eine spezifische Wissensbasis auf, die nur mit hohem Aufwand auf das breite Spektrum der Anforderungen an Managementaufgaben in NPOs bezogen werden kann. Praktiker und Verbandsvertreter haben eine Ausbildung nachgefragt, die ökonomische Kenntnisse mit den spezifischen Besonderheiten von Nonprofit Organisationen verbindet.

2. Gründe für die Implementierung eines Vertiefungsfaches in der Universität Hannover

Einerseits basiert die universitäre Ausbildung auf einem theoretisch generalistischen Grundverständnis. Andererseits hat sich aber in vielen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten eine sektorbezogene Vertiefungsphilosophie etabliert z.B. Bankbetriebslehre oder Versicherungsbetriebslehre. Angesichts der Anzahl der Beschäftigten in diesen Segmenten, stellte sich die Frage, ob die Anzahl der Beschäftigten und die Zuwachsraten im NPO-Bereich nicht ebenfalls Anlass geben, eine entsprechende Vertiefung in diesem Gebiet zu etablieren.

Ein zweites Argument betrifft die Herausforderungen, die durch komplexe Managementprobleme in diesem Bereich entstehen. In der Ausbildung ist eine gute Vorbereitung auf diese Management-

probleme gesellschaftlich von Bedeutung. Für die Forschung erschließt sich hier ein äußerst interessantes und aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive wenig bearbeitetes Feld.

3. **Erfahrungen mit dem Ausbildungskonzept**

Die Nachfrage nach diesem Vertiefungsfach ist kontinuierlich gestiegen und das Fach gehört heute zu den etablierten Vertiefungsfächern in der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Es gibt eine kleine Gruppe von Studenten, die das Fach für ihre originären Berufswünsche schätzen. Die überwiegende Mehrzahl Studenten nutzt das Fach aber zur Verbreiterung ihrer Arbeitsmarktchancen:

- Sozialwissenschaftler sehen dieses Fach als Möglichkeit, für den Bereich NPO spezifische ökonomische Kenntnisse zu erwerben.
- Wirtschaftswissenschaftler sehen eine gute Chance, die Spezifika des NPO-Bereiches zu studieren.

Auch die hohe Bereitschaft der NPOs, Praktika zur Verfügung zu stellen und bei Diplomarbeiten und Dissertationen die Forschung zu unterstützen, tragen zur Akzeptanz bei.

4. **Schlussfolgerungen für den Aus- und Aufbau an anderen Universitäten**

Das Fach speist sich aus der Zusammenarbeit mehrerer Institute (Politikwissenschaften, Sozialwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften). Dies hat den Vorteil, dass die interdisziplinäre Zusammenarbeit für das Ausbildungskonzept sinnvoll genutzt werden kann. Andererseits ist ein systematischer Aufbau eines Forschungsfeldes fast auszuschließen, da eine Professur für Nonprofit Management außerhalb jeder Vorstellungskraft der Entscheidungsträger zu sein scheint. Auf Dauer ist es aber kaum durchzuhalten, ein Vertiefungsfach theoretisch und empirisch aktuell zu halten, wenn von hier aus nicht originäre Forschung betrieben werden kann. Eine Schlussfolgerung aus acht Jahren Erfahrung ist deshalb, dass die Entwicklung, Betreuung und Ausgestaltung von NPO-Ausbildungen als „Nebentätigkeit“ auf Dauer auf Begrenzungen stößt. Im Hinblick auf den Auf- und Ausbau an anderen Universitäten wäre es sinnvoll, die interdisziplinären Möglichkeiten einer NPO-Ausbildung in Universitäten zu nutzen, gleichzeitig aber Ressourcen bereit zu stellen, die Entwicklungen in der Forschung, der Lehre aber auch in der Zusammenarbeit mit der NPO-Praxis verbessern.

Dr. Volker Then (Geschäftsführender Direktor, Centrum für soziale Investitionen und Innovationen, Universität Heidelberg)

1. Das Arbeitsgebiet Dritter Sektor ist in der deutschen Wissenschaftslandschaft relativ unbearbeitetes Terrain.
2. Aufgrund seiner Interdisziplinarität und seiner sektorübergreifenden Fragestellungen sperrt es sich gegen Zugänge ausschließlich aus den einzelnen Disziplinen.
3. Der deutsche Dritte Sektor selbst ist sich seines gemeinsamen Gewichts relativ unbewusst.
4. Aufgrund dieser mangelnden Selbstwahrnehmung werden Fragen in der Regel zersplittert nach Fachthemen und nicht integriert bezogen auf den Dritten Sektor angesprochen (Krankenhaus- oder Kulturmanagement anstatt Nonprofit-Management).
5. Die veränderte Rolle staatlichen Handelns und eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem Wettbewerbsdruck, aber auch den Chancen des Marktes zwingt dazu, intensiver über die Aufgabenteilung zwischen den Sektoren zu sprechen.
6. In den letzten Jahren macht sich klar eine Nachfrage nach Qualifizierung aus dem Sektor bemerkbar.
7. Der Anfang zu einer Forschungs- und Ausbildungsinfrastruktur ist gemacht (Universitäten Münster und Heidelberg, Fundraising Akademie), bedarf aber dringend der Stärkung.

Dr. Erika Mezger (Leiterin der Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung)

Zentrale (Zwischen-)Ergebnisse von der Hans-Böckler-Stiftung geförderter Projekte:

Mit mehr Beteiligung können Teile der Bürgerschaft intensiver in die politische Willensbildung der Bürgerkommune einbezogen werden. Die sorgfältige Auswahl von Beteiligungsinstrumenten und -themen fördert die Resonanz der BürgerInnen auf Beteiligungsangebote. Durch Beteiligung können kommunale Entscheidungsträger grundsätzlich responsiver werden und bekommen Informationen von hoher Qualität, die ihnen über die gewöhnlichen Instrumente (z.B. Expertengutachten) nicht zur Verfügung stehen. Jedoch gelingt es auch der Bürgerkommune nicht, soziale Schief lagen der (Nicht-)Beteiligung z.B. von Frauen, AusländerInnen und Armen zu vermeiden, die durch ein sinnvolles Partizipationsmanagement aber in Grenzen gehalten werden können. Die desolante finanzielle Lage der Kommunen behindert die Umsetzung der Bürgerkommune in der Praxis. Es gibt jedoch Instrumente der Bürgerbeteiligung, die auch in einer schwierigen Haushaltssituation umgesetzt werden können (z.B. das aktive Beschwerdemanagement).

In Europa haben mehr als 40 Kommunen einen Bürgerhaushalt begonnen oder stehen kurz davor. Ein grenzüberschreitender Erfahrungsaustausch, geschweige denn eine vergleichende Analyse, fand bisher jedoch nicht statt, obwohl die Probleme und Herausforderungen oft sehr ähnlich sind. Hierzu gehören auf der praktischen Ebene u.a. eine ausgewogene Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen, die Vorbereitung der MitarbeiterInnen der Verwaltung und die Umsetzung der Prinzipien des Gender Mainstreaming bei der Haushaltsaufstellung. Auf der theoretischen Ebene ist noch nicht ausreichend geklärt, inwiefern Partizipation, Effizienz und Deliberation miteinander zu verbinden sind, damit sie eine tragende Rolle für die Modernisierung der Verwaltung spielen können. Die Untersuchung wird hauptsächlich in Deutschland, Frankreich und Spanien durchgeführt, aber auch je eine Stadt aus Finnland und den Niederlanden werden integriert, weil in diesen Ländern Partizipation und Modernisierung eng miteinander verbunden sind.

Gegenwärtig werden immer wieder Hoffnungen geäußert, mit dem Internet als Informations- und Kommunikationsmedium die Beteiligung der BürgerInnen an politischen Prozessen erleichtern zu können und auf diese Weise neue Impulse für die (Weiter-)Entwicklung der lokalen Demokratie zu erhalten. Häufig stellen diese Erwartungen die technologischen Möglichkeiten in den Vordergrund, ohne die erforderliche Einbettung der Technik in bestehende Prozesse und Strukturen ausreichend zu berücksichtigen. Somit besteht die Gefahr, dass sich das Internet in der langen Reihe der medientechnologischen Innovationen wieder findet, die ähnliche Hoffnungen auf demokratieförderliche Effekte geweckt, aber nie erfüllt hat.

Um die Möglichkeiten und Bedingungen der Technikunterstützung zu klären, kommt es auf die Verknüpfung „realer“ und „virtueller Verfahrenselemente an. Dies ist in alltäglichen politischen Prozessen auszuloten und zielgruppen- und inhaltsgerecht anzupassen.

Die Möglichkeiten für aktive Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene werden in Deutschland erst zum kleineren Teil ausgeschöpft. Lokale Initiativen verlaufen bisher überwiegend in getrennten Bahnen und konzentrieren sich auf punktuelle Anlässe. Lokale Bürgerbeteiligung, so wie sie z. Zt. in Deutschland praktiziert wird, erreicht in erster Linie nur kleine, gut organisierte Gruppen bzw. deren Vertreter. Ein großer Teil der in der Bevölkerung vorhandenen Beteiligungsbereitschaften bleibt ungenutzt. Es mangelt an einem Ansatz, der als integrative Plattform und multifunktionales Impulszentrum dienen könnte, der über den unmittelbaren Partizipationseffekt auch einen Aktivierungsertrag erbringen kann, breitere Bevölkerungsteile in die Belange der örtlichen Gemeinschaft einbezieht und eine Basisdisposition (einen „Humusboden“) für eine offene Vielzahl weiterführender Beteiligungsformen entwickelt. Das Projekt hat sich das Ziel gesetzt, die Realisationsbedingungen lokaler Bürgerpanels unter den soziokulturellen Rahmenbedingungen der deutschen Gesellschaft und des deutschen Kommunalsystems zu analysieren, um Möglichkeiten für ähnlich

aktivierende Entwicklungen und Wirkungen, wie sie in anderen europäischen Ländern beobachtbar sind, zu überprüfen.

**Dr. Herbert Ammann (Geschäftleiter, Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft, SGG) und
Dr. Peter Farago (Präsident der Kommission Forschung Freiwilligkeit in der SGG)**

Förderung der Forschung über Freiwilligkeit in der Schweiz.

Freiwilliges Engagement ist für den Bestand und die Entwicklung der schweizerischen Zivilgesellschaft von kaum zu überschätzender Bedeutung. Die vom Bundesamt für Statistik periodisch durchgeführten Erhebungen zeigen, dass das gesamte Ausmaß der freiwillig erbrachten Leistungen pro Jahr etwa 750 Millionen Stunden beträgt. Nicht nur Politik, Behörden und Gremien aller Stufen profitieren von solchen Leistungen, sondern praktisch alle gesellschaftlichen Bereiche: Sport, Kirche, Kultur, Gesundheit, Sozialwesen, um nur die wichtigsten zu nennen.

In seltsamen Kontrast zur Bedeutung des freiwilligen Engagements steht die Tatsache, dass es in der Schweiz – im Unterschied z.B. zur Erwerbsarbeit – vergleichsweise wenig erforscht ist. Es gibt zwar eine Erwerbsökonomie, eine Freiwilligenökonomie jedoch ist erst im Entstehen. Einen Überblick über den Stand der entsprechenden Diskussion vermittelt der Tagungsband zur 5. Europäischen Freiwilligenuniversität 2005 in Luzern, die unter dem Motto „Monetarisierung der Freiwilligkeit“ stand (Seismo Verlag Zürich, 2005, www.seismoverlag.ch).

Die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft SGG, welcher der Erhalt und die Förderung des freiwilligen Engagements aus grundsätzlicher, aber auch aus pragmatischer Sicht ein wesentliches Anliegen ist, hat in der Folge des Internationalen Jahres der Freiwilligen 2001 ein Forschungsprogramm zum Thema des freiwilligen Engagements ins Leben gerufen (Details dazu auf der Internet-Seite der SGG www.sgg-ssup.ch, Rubrik „Projekte“). Die inhaltliche Verantwortung für die Auswahl und Begleitung der Projekte trägt eine in freiwilliger Arbeit tätige Kommission.

An jährlich zwei Terminen können Anträge zur Begutachtung eingereicht werden. Die Themenwahl ist innerhalb des weiten Feldes des freiwilligen Engagements frei. Es sollte sich aber um empirische Arbeiten handeln (keine reine Theorie, Begriffsbestimmung o. Ä.). In diesem Rahmen bestimmen die Forschenden selber, welche Fragestellungen sie bearbeiten wollen.

Die SGG und ihre Kommission „Forschung Freiwilligkeit“ verfolgen aber auch eigene Projekte. Sie haben als Gefäß für die Publikation wichtiger Ergebnisse die Reihe „Freiwilligkeit“ geschaffen, die im Seismo Verlag

erscheint (bisher 3 Bände, der vierte erscheint noch dieses Jahr). Und sie haben den Freiwilligen-Monitor lanciert. Dabei handelt es sich – ähnlich dem deutschen Freiwilligensurvey – um eine groß angelegte, repräsentative Bevölkerungsbefragung, welche die Motive und Erfahrungen in den Fokus nimmt, die zum freiwilligen Engagement führen bzw. die in der Freiwilligenarbeit gemacht werden. Damit werden Daten bereitgestellt, die eine wesentliche Grundlage für künftige Forschungsprojekte bilden. Die Befragung soll in regelmäßigen Zeitabständen wiederholt werden und so zu einer Dauerbeobachtung des freiwilligen Engagements in der Schweiz beitragen (Monitoring). Zusammen mit den Partnern und weiteren interessierten Organisationen unternehmen die SGG und die Kommission „Forschung Freiwilligkeit“ die notwendigen Schritte, um die Vermittlung der dank des Monitors erarbeiteten Erkenntnisse in die Praxis zu gewährleisten.

PD Dr. Jürgen Nautz (Universitätsdozent für Wirtschaftsgeschichte des Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Wien)

Derzeit können zu den ersten geförderten Programmen noch keine Aussagen gemacht werden, da die Berichte erst Ende dieses Monats vorgelegt werden müssen. Es kann daher zu diesem Zeitpunkt nur auf das Konzept des Programms verwiesen werden.

Die Organisation der Zivilgesellschaft: Nichtregierungsorganisationen in Österreich.

Geschichte und Perspektiven freiwilliger Selbstorganisation in Österreich

Die Österreichische Forschungsgemeinschaft / ARGE „Civil Society in Österreich“ schreibt 3 Forschungsstipendien in Höhe von jeweils maximal 20.000 Euro und einer Laufzeit von einem Jahr aus. Das Ziel ist die Förderung methodisch innovativer Studien zur Organisation der Zivilgesellschaft am Beispiel in Österreich tätiger NGO“s.

Mission

In der jüngsten Zeit wurde die Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NRO) beziehungsweise Non Governmental Organizations (NGO“s) zu einem Nukleus des zivilgesellschaftlichen Diskurses. Die Forschung sieht in den freiwilligen Organisationen ein zentrales Strukturelement von Zivilgesellschaft. Wichtig erscheinen dabei auch die Entwicklung und die Rolle von Sozialen Bewegungen. Daher will die Österreichische Forschungsgemeinschaft in diesem Bereich einen gezielten Forschungsimpuls setzen.

Inhalte und Ziele

Als zentrale Fragestellungen sollen folgende Forschungsfragen berücksichtigt werden:

- Zivilgesellschaft als „Governancegesellschaft“- Freiwillige Assoziationen und deren Integration in Lenkungsstrukturen und die Steuerung von Tauschprozessen.
- Organisierte Kooperationen von Staat und Zivilgesellschaft sowie staatlicher und zivilgesellschaftlicher Machtausübung.
- Formen der organisatorischen Verschränkung von staatlichen Agenturen und NGOs
- Rolle, Strukturen und Dynamik von Kommunikation.
- Zivilgesellschaft als Wissensspeicher, Wissensmanagement.
- Verhältnis von Rechtsstaat und Zivilgesellschaft: Relation von Grundrechten und demokratischen Rechten und Selbstorganisation.
- Moral und Mentalität: Die Frage nach den Wirkungen von Ungleichheit, Gewalt und Macht auf die Zivilgesellschaft.
- NGO“s und neue soziale Bewegungen

Folgende Bereiche sollen gefördert werden:

- Der Fokus dieser Studien soll geographisch auf Österreich liegen.
- Inhaltlich soll der Schwerpunkt liegen auf zentralen methodologischen und theoretischen Problemen, die aber durchaus exemplarisch entwickelt werden können.
- Ausdrücklich ermutigt werden sollen transdisziplinäre Ansätze und fächerübergreifende Kooperationen.
- Wir begrüßen Projekte, die sich mit der Ausrichtung an (ethischen) Anliegen des Gemeinwesens befassen; die „basic lines“ von NGO“s untersuchen.
- Ermutigt werden sollen auch Untersuchungsansätze, die geeignet sind, die Wirkung (impact) der Tätigkeit von NGO“s zu analysieren.

Explizit ausgeschlossen werden sollen rein betriebswirtschaftliche, organisationssoziologische Arbeiten, die sich mit der Optimierung interner Abläufe befassen.

Bei allen Projekten muss die Genderrelevanz geprüft und spezifiziert werden. Der spezifisch problemorientierte Ansatz sowie die Verknüpfung inhaltlicher und theoretischer Fragestellung des Forschungsprojektes müssen überzeugend dargelegt werden.

Anschriften

Tagungsleitung

| | |
|--------------------------------|--|
| <i>Klein, Dr. Ansgar</i> | Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) Michaelkirchstr. 17–18 D – 10179 Berlin ansgar.klein@b-b-e.de |
| <i>Rucht, Prof. Dr. Dieter</i> | Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) Reichpietschufer 50 D-10785 Berlin rucht@wz-berlin.de |

Referentinnen und Referenten

| | |
|--------------------------------------|---|
| <i>Ammann, Dr. Herbert</i> | Geschäftsführer / Präsident Kommission Forschung Freiwilligkeit Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft SGG Schaffhauserstrasse 7 CH - 8042 Zürich herbertammann@sgg-ssup.ch |
| <i>Backhaus-Maul, Holger</i> | Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Philosophische Fakultät III, Erziehungswissenschaften D - 06099 Halle holger.backhaus-maul@paedagogik.uni-halle.de |
| <i>Baringhorst, Prof. Dr. Sigrid</i> | Projektleitung DFG Teilprojekt „Protest- und Medienkulturen im Umbruch“ Universität Siegen, FB 1 Politikwissenschaft Raum: AR-C 3213 Adolf-Reichwein-Straße 2 D – 57068 Siegen baringhorst@politikwissenschaft.uni-siegen.de |

- Bauer, Prof. Dr. Rudolf* Universität Bremen
Institut für Lokale Sozialpolitik und
Nonprofit-Organisationen
Grazer Str. 2
D – 28334 Bremen
rubauer@uni-bremen.de
- Becker, Prof. Dr. Rolf* Direktor und Lehrstuhlinhaber
Universität Bern, Abt. Bildungssoziologie
Muesmattstr. 27
CH – 03012 Bern
rolf.becker@edu.unibe.ch
- Bode, PD Dr. Ingo* Universität Duisburg-Essen
Institut für Soziologie
Kohlenstr. 20a
D – 45468 Mülheim
bode@uni-duisburg.de
- Bulmahn, Edelgard* MdB, Stellvertretende Vorsitzende des
Kuratoriums der Volkswagen-Stiftung,
Bundesministerin a. D.
- Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
D – 11011 Berlin
edelgard.bulmahn@bundestag.de
edelgard.bulmahn@wk.bundestag.de
info@edelgard-bulmahn.de
- Burchardt, Dr. Susann* Deutsches Jugendinstitut e.V.
Außenstelle Halle Franckesche
Stiftungen
Franckeplatz 1 / Haus 12/13
D – 06110 Halle (Saale)
burchardt@dji.de
- Bürsch, Dr. Michael* MdB, Vorsitzender des
Unterausschusses „Bürgerschaftliches
Engagement“
- Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
D – 11011 Berlin
michael.buersch@bundestag.de

- Burzan, Jun.-Prof. Dr. Nicole* Vertretungsprofessur "Soziologie sozialer Ungleichheiten"
Universität Dortmund
FB 12
Martin-Schmeißer-Weg 13
D – 44221 Dortmund
nicole.burzan@fernuni-hagen.de
- Dettling, Dr. Warnfried* Publizist, Autor, Politikberatung
Xantenerstr. 9
D – 10707 Berlin
w.dettling@t-online.de
w.dettling@dettling-politikberatung.de
- Dienel, Dr. Hans-Liudger* Technische Universität Berlin
Zentrum Technik und Gesellschaft
Hardenbergstr.36A
D – 10623 Berlin
dienel@ztg.tu-berlin.de
- nexus Institut für Kooperations-
management und interdisziplinäre
Forschung GmbH
Otto Suhr Allee 59
D-10585 Berlin
- Ekardt, Prof. Dr. Felix* LL.M., M.A.
Universität Bremen
Forschungsstelle für Europäisches
Umweltrecht und Bremer Institut für
Transnationales Verfassungsrecht
Universitätsallee GW I
28359 Bremen
fekardt@uni-bremen.de
- Eisen, Dr. Andreas* Genossenschaftsverband
Norddeutschland e. V.
Potsdamer Straße 88
D – 10785 Berlin
andreas.eisen@geno-verband.de
- Evers, Prof. Dr. Adalbert* Justus-Liebig-Universität Giessen
Institut für Wirtschaftslehre der
Haushalts- und Verbrauchsforschung
und Institut für Politikwissenschaft
Bismarckstr. 37
D – 35390 Gießen
Adalbert.Evers@uni-giessen.de

- Farago, Dr. Peter* Landert Farago > Partner
Grossmunsterplatz 6
CH-8001 Zürich
farago@lfp.ch
www.lfp.ch
- Fehren, Oliver* Wissenschaftlicher Mitarbeiter und
Stadtteilmoderator
Universität Duisburg-Essen
Institut für stadtteilbezogene Soziale
Arbeit und Beratung (ISSAB)
Holzstrasse 7-9
D – 45141 Essen
oliver.fehren@uni-duisburg-essen.de
- Förster, Dr. Heike* Wissenschaftliche Referentin
Deutsches Jugendinstitut Halle
Franckeplatz 1, Haus 12/13
D – 06110 Halle (Saale)
foerster@dji.de
- Gentile, Gian-Claudio* ETH Zürich
Arbeits- und Organisationspsychologie
KPL G 22
Kreuzplatz 5
CH – 8032 Zürich
ggentile@ethz.ch
- Goerres Achim* London School of Economics
und
Max Planck Institut für
Gesellschaftsforschung Köln
Arnulfstr. 28
D - 50937 Köln
A.Goerres@lse.ac.uk
- Götsch, Monika* Zentrum für Zivilgesellschaftliche
Entwicklung (ZZE)
Buggingerstr. 38
D – 79114 Freiburg
goetsch@efh-freiburg.de
- Groner-Weber, Dr. Sabine* Leiterin Bereich “Politik und Planung”
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di
Paule Thiede Ufer 10
10179 Berlin
sabine.groner-weber@verdi.de

- Hadjar, Dr. Andreas* Oberassistent
Universität Bern, Abt. Bildungssoziologie
Muesmattstr. 27
CH – 03012 Bern
andreas.hadjar@edu.unibe.ch
- Haunss, Dr. Sebastian* Universität Hamburg
Institut für Politische Wissenschaft,
Allende-Platz 1
D – 20146 Hamburg
haunss@sozialwiss.uni-hamburg.de
- Haus, Dr. Michael* Pädagogische Hochschule Heidelberg
Institut für Gesellschaftswissenschaften
Abt. Politikwissenschaft
Im Neuenheimer Feld 581
69120 Heidelberg
haus@pq.tu-darmstadt.de
- Häussermann, Prof. Dr. Hartmut* Humboldt-Universität Berlin
Institut für Sozialwissenschaften
Unter den Linden 6
D – 10099 Berlin
hartmut.haeussermann@sowi.hu-berlin.de
- Heyck, Dr. Matthias* Eichenweg 13
D – 34320 Söhrenwald
mheyck@web.de
- Hoch, Prof. Dr. Hans* Zentrum für zivilgesellschaftliche
Entwicklung (ZZE)
Bugginger Str. 38
D – 79114 Freiburg
hoch@efh-freiburg.de
- Universität Konstanz
Geisteswissenschaftliche Sektion
Fachbereich Geschichte und Soziologie
D - 78457 Konstanz
hans.hoch@uni-konstanz.de

- Jentgens, Stephan* Geschäftsführender Direktor
Jugendhaus Düsseldorf e.V. -
Bundeszentrale für katholische
Jugendarbeit
Carl-Mosterts-Platz 1
D – 40477 Düsseldorf
Sekretariat: [mbinder@jugendhaus-
duesseldorf.de](mailto:mbinder@jugendhaus-duesseldorf.de)
- Klie, Prof. Dr. Thomas* Professor für Öffentliches Recht und
Verwaltungswissenschaften der Ev.
Fachhochschule Freiburg
Zentrum für zivilgesellschaftliche
Entwicklung (ZZE)
Bugginger Str. 38
D - 79114 Freiburg
zze@efh-freiburg.de
- Kneip, Veronika* Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Universität Siegen
Am Eichenhang 50
D – 57068 Siegen
veronika.kneip@uni-siegen.de
- Knöbelspies, Thomas* Diakonisches Werk der EKD, Stuttgart
Staffenbergstr. 76
D – 70184 Stuttgart
t.knoebelspies@brot-fuer-die-welt.de
- Krüger, Petra* Wissenschaftliche Angestellte
Universität Tübingen
Institut für Soziologie
Wilhelmstr. 36
D – 72074 Tübingen
[pe.krueger@ uni-tuebingen.de](mailto:pe.krueger@uni-tuebingen.de)
- Lange, Dr. Christiane* Politikwissenschaftlerin/Sozialarbeiterin
Kirchweg 19
D – 14129 Berlin
chrislange@snafu.de
- Meyer, Prof. Dr. Michael* Wirtschaftsuniversität Wien
Forschungsinstitut für Nonprofit
Organisationen
Althanstrasse 51
A – 1090 Wien
michael.meyer@wu-wien.ac.at

- Mezger, Dr. Erika* Abteilungsleiterin Forschungsförderung
Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39
D – 40476 Düsseldorf
Erika-Mezger@boeckler.de
- Mutz, Prof. Dr. Gerd* Fachhochschule München
Am Stadtpark 20
D – 81249 München
gerd.mutz@fhm.edu
- Nährlich, Dr. Stefan* Geschäftsführer
Aktive Bürgerschaft e. V. Berlin
Albrechtstr. 22
D - 10117 Berlin
Stefan.Naehrlich@aktive-buergerschaft.de
- Nautz, PD Dr. Jürgen* Dozent für Wirtschaftsgeschichte
Universität Wien
Institut für Volkswirtschaftslehre
Hohenstaufengasse 9
A-1010 Wien
juergen.nautz@univie.ac.at
- Newig, Dr. Jens* Hochschulassistent
Universität Osnabrück
Institut für Umweltsystemforschung
Barbarastraße 12
D – 49060 Osnabrück
jens.newig@usf.Uni-Osnabrueck.DE
- Niesyto, Johanna* Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Universität Siegen
Am Eichenhang 50
D – 57068 Siegen
niesyto@fk615.uni-siegen.de
- Notz, Dr. Gisela* Wissenschaftliche Referentin
Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-
Stiftung
Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte
Bonn
Godesberger Alle 149
D – 53170 Bonn
Gisela.Notz@fes.de

- Rinderspacher, Dr. Jürgen P.* Westfälische Wilhelms-Universität
Münster
Institut für Ethik und angrenzende
Sozialwissenschaften
Universitätsstraße 13-17
D – 48143 Münster
juergen.rinderspacher@si-ekd.de
- Roß, Prof. Paul-Stefan* Professor für Sozialarbeitswissenschaft,
Theorien und Methoden Sozialer Arbeit
an der Berufsakademie Stuttgart und
freier Projektberater des Zentrums für
zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE)
Berufsakademie Stuttgart
Herdweg 29
D – 70174 Stuttgart
ross@BA-Stuttgart.De
- Roth, Prof. Dr. Roland* Professor für Politikwissenschaft
Hochschule Magdeburg-Stendal (FH),
Fachbereich für Sozial- und
Gesundheitswesen
Breitscheidstr. 2
D - 39114 Magdeburg
roland.roth@hs-magdeburg.de
- Schambach, Dr. Gabriele* Heinrich-Böll-Stiftung
Rosenthaler Str. 40/41
D – 10178 Berlin
schambach@boell.de
- Schambach-Hardtke, Dr. Lydia* Politologin
Lindstedter Str. 15e
D – 14469 Potsdam-Eiche
Lydia.Hardtke@t-online.de
- Schulz, Andreas D.* Wirtschaftsuniversität Wien
NPO-Institut
Althanstraße 51
A – 01090 Wien
Andreas.Schulz@wu-wien.ac.at
- Schwartz, Yvonne* Diplompädagogin
4 Waverley Court
41 Steeles Road
London NW3 4SB
yvonne.schwartz@gmx.de

- Siebart, Dr. Patricia V.* Lehrstuhl Public Management
Universität Potsdam
August-Bebel-Straße 89, Hs. 1, R. 1.91
14482 Potsdam
siebart@uni-potsdam.de
- Smith, Truda Ann* Geschäftsführerin
BAG-Arbeit
Brunnenstr. 181
D - 10119 Berlin
smith@bagarbeit.de
- Then, Dr. Volker* Geschäftsführender Direktor
Universität Heidelberg
Zentrum für soziale Investitionen und
Innovationen
Schillerstr. 4-8
D – 69115 Heidelberg
volker.then@csi.uni-heidelberg.de
- Volkholz, Sybille* Bürgernetzwerk Bildung im VBKI
Melanchthonstr. 19
D - 10557 Berlin
sybillevolkholz@snafu.de
- vom Stein, M. A. Anja* Doktorandin an der Universität Göttingen
Naugarder Str. 44
D - 10409 Berlin
a_vst@gmx.de
anja.vomstein@socialscience.de
- von Alemann, M. A. Annette* Promotionsstipendiatin
Universität Bielefeld
Fakultät für Soziologie
Postfach 100 131
D - 33501 Bielefeld
annette.alemann@uni-bielefeld.de
- Wagner, Bernd* Wissenschaftlicher Leiter
Institut für Kulturpolitik der
Kulturpolitische Gesellschaft e.V.
Weberstr. 59a
D – 53113 Bonn
wagner@kupoge.de

- Walk, Dr. Heike* Technische Universität Berlin
Zentrum Technik und Gesellschaft
P 2-2
Hardenbergstr.36A
10623 Berlin
walk@ztg.tu-berlin.de
- Wegner, Dr. Martina* Geschäftsführerin
Zentrum für Zivilgesellschaftliche
Entwicklung (ZZE), Freiburg
Bugginger Str. 38
D – 79114 Freiburg
wegner@efh-freiburg.de
- Wehner, Prof. Dr. Theo* ETH Zürich
Arbeits- und Organisationspsychologie
KPL H 13
Kreuzplatz 5
CH – 08032 Zürich
twehner@ethz.ch
- Wohlfahrt, Prof. Dr. Norbert* Ev. FH Rhein-Westfalen-Lippe
Immanuel-Kantstr. 18-20
D – 44803 Bochum
wohlfahrt@efh-bochum.de
- Zimmer, Prof. Dr. Annette* Westfälische Wilhelms-Universität
Münster
Institut für Politikwissenschaft
Schlossplatz 7
48147 Münster
zimmean@uni-muenster.de